Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 20. | Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423. | Düsseldorf, 18. Mai 1912. | Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Acken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf. | 14. Jahrg.

Arbeite!

Du bist ein Mensch, drum sei's auch ganz
Und zeige frohen Schaffensmut!
Steh nicht beiseit' und dünke nicht
Für Menschenarbeit dich zu gut!

Das reiche Leben hat für dich
Den rechten Posten, greif nur zu!
Und wirst du nur ein kleines Rad
In dem Getriebe, laufe du

Nur redlich in der Weltenuhr
Und fühle, daß du nötig bist,
Und daß der große Zeiger treu
Auch deine stille Arbeit mißt!

(Soziale Studentenblätter.)

Zur gewerkschaftlichen Organisierung der Textilarbeiterinnen.

Wir stehen in der Textilindustrie vor folgender Entwicklung: Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Personen nimmt nur langsam zu. Das hat seine Ursache in der intensiveren Ausnutzung der vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte und in dem gerade in der Textilindustrie bedeutenden Fortschritt der Maschinentechnik. Die Nachfrage nach Arbeitshänden wird dadurch vermindert. Der tatsächlich vorhandene Zuwachs aber kommt ausschließlich den weiblichen Personen zugute. Ja, ihr Anteil an den in der Textilindustrie Beschäftigten ist über den allgemeinen Zuwachs hinaus gewachsen. Hier ist tatsächlich eine Verdrängung der Männer- durch die Frauenarbeit zu verzeichnen. Bei einem Vergleich der Zahlen aus den vier Gewerbezählungen erhalten wir folgendes statistisches Bild.

Es waren in der Textilindustrie

	beschäftigte Personen	davon männlich		davon weiblich	
1875	926 767	610 220	oder 66%	316 547	oder 38%
1882	910 089	547 951	„ 60%	362 138	„ 40%
1895	993 257	532 037	„ 53%	461 220	„ 47%
1907	1 088 280	529 899	„ 48%	558 381	„ 52%

Die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Personen stieg im Ganzen um 17 Prozent. Dagegen ist die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 18 Prozent gestiegen, also um 1 Prozent mehr als der allgemeine Zuwachs beträgt. Die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten männlichen Personen ist nicht bloß dem Verhältnis nach, sondern auch absolut gesunken. Die Frau erobert sich in wachsendem Maße die Erwerbsmöglichkeit in der Textilindustrie. Der Mann ist hier bereits in die Minderheit gedrängt worden. Welche allgemeinen sozialen und volkswirtschaftlichen Forderungen sich daraus ergeben, soll hier nicht untersucht werden. Für uns hat die Sache zunächst nur eine gewerkschaftliche Seite und zwar in dem Sinne, als sich hier die absolute Notwendigkeit einer tatkräftigen, unermüdlichen gewerkschaftlichen Werbe- und Erziehungsarbeit unter den Textilarbeiterinnen ergibt.

Nun wissen alle erfahrenen Gewerkschaftler, welche großen Schwierigkeiten dieser Arbeit im Wege stehen. Aber wir dürfen vor ihnen nicht zurückschrecken, nicht mutlos werden, sondern wir müssen mit immer neuem Eifer in zäher Ausdauer die notwendige Pionierarbeit leisten. Und aus den kleinen Erfolgen wollen wir neue Hoffnung und neue Kraft für die Zukunftsarbeit schöpfen. Aber die Schwierigkeiten müssen erkannt werden, wenn die Kräfte an der richtigen Stelle mit Erfolg angesetzt werden sollen. Wo sind sie denn zu suchen? Sie liegen zunächst in dem jugendlichen Alter zahlreicher Textilarbeiterinnen, dann auch in der Doppelstellung der Arbeiterin als Haus- und Fabrikarbeiterin, in ihrer Auffassung vom gewerblichen Berufe; ferner in der ungenügenden Erziehung, in der unsere Arbeitsmädchen durchweg aufwachsen und schließlich auch in dem Mangel an Mitarbeitern und Hilfe. Die männlichen Gewerkschaftler haben auch viel zu lange die Bedeutung der Solidarität der Arbeiterin für ihren gewerkschaftlichen Kampf unterschätzt und endlich ist unsere Arbeiterinnenagitation bis in die letzte Zeit hinein viel zu wenig von den Arbeiterinnen selbst getragen gewesen.

Als Unterlage für die Begründung einiger hier angeführten Punkte möge folgende Tabelle, die die Textilarbeiterinnen nach Alter und Stand angibt, dienen. Von den in der Textilindustrie beschäftigten weiblichen Personen waren

Alter	Im Jahre 1895: ledig	verheiratet	verwitwet oder geschieden	zusammen in dem Alter	Im Jahre 1907: ledig	verheiratet	verwitwet oder geschieden	zusammen in dem Alter
unt. 16 Jahre	36 306	3	—	36 309	49 839	—	—	49 839
16—18 „	48 718	107	10	48 835	61 284	196	13	61 493
18—20 „	51 237	749	42	52 028	59 612	1 100	49	60 761
20—30 „	112 622	28 892	1 918	143 432	124 823	40 868	2 250	167 941
30—40 „	21 795	28 190	6 740	56 725	26 026	45 346	7 803	79 175
40—50 „	9 628	17 638	11 017	38 283	12 943	29 580	12 325	54 848
50—60 „	6 122	9 178	12 381	27 681	6 131	13 445	12 936	32 512
60—70 „	3 093	3 178	10 470	16 741	2 662	4 446	9 504	16 612
über 70 „	1 224	716	5 978	7 918	703	626	3 720	5 049
Zusammen	290 745	88 651	48 556	427 952	344 023	135 607	48 600	528 230

Die Differenz zwischen den eingangs genannten Zahlen und denen dieser Tabelle ist daraus zu erklären, daß in den ersten Zahlen auch einige Nebenzweige der Textilindustrie mit berücksichtigt sind, die letzte Tabelle sich aber auf die eigentliche Textilindustrie beschränkt. Das allgemeine Verhältnis wird durch diese Differenz nicht verschoben.

Bei einer eingehenden Betrachtung der Zahlentabelle springt zunächst die große Anzahl der jugendlichen Textilarbeiterinnen ins Auge. Knapp ein Drittel aller Textilarbeiterinnen sind unter 20 Jahre alt, und von denen aus der Rubrik 20—30 Jahre wird weit mehr als die Hälfte bis 24 Jahre alt sein. In diesem Alter fehlt es den Mädchen an dem Lebensernst, um für die gewerkschaftliche Sache Interesse finden zu können. Sie gehen lieber ihren Vergnügungen nach, als in der Gewerkschaft in ernster, opferreicher Arbeit an der Verbesserung der Lebenshaltung ihres Standes zu arbeiten. Der Haupthinderungsgrund für die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Arbeiterinnen ist die Gleichgültigkeit junger Mädchen ernsten Dingen gegenüber. Das müssen wir nicht bloß bei der gewerkschaftlichen Agitation, sondern namentlich auch bei allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen für unsere Kolleginnen wohl mit berücksichtigen.

Das jugendliche Alter vieler Textilarbeiterinnen ist der gewerkschaftlichen Sache um so hinderlicher, als die jungen Mädchen durchweg ihre Erwerbsarbeit nicht als Lebens-, sondern nur als Durchgangsberuf zur Ehe auffassen. In den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung" hat unlängst der Gewerkschaftstheoretiker Adolf Braun in einem Artikel über die Organisierbarkeit der Arbeiter auf diese Seite des Arbeiterinnenlebens hingewiesen und sie als eine der größten Schwierigkeiten in der Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens unter den Arbeiterinnen bezeichnet. Er sagt, daß „die Arbeiterin sich weniger dauernd mit der Erwerbsfähigkeit verknüpft sieht als der männliche Arbeiter. Die Arbeiterin pflegt die Beschäftigung in der Fabrik und dergl. nicht als eine dauernde anzusehen, sondern nur als eine vorübergehende und strebt danach, als Frau an der Seite eines Mannes Unterkunft zu finden. Sie übersieht aber dabei, daß sie vielleicht später noch als Ehefrau oder Witwe gezwungen sein kann, dem Erwerb nachgehen zu müssen. Unter diesen Umständen hat sie für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses weniger ein Gefühl und hält diesen, wenn auch nicht für überflüssig, so doch für sich für weniger dringend."

Daraus ist es auch zu erklären, daß die Arbeiterinnen sich vielfach nur als die Geduldeten vorkommen, die mit der Arbeit und dem Lohne zufrieden sind, der ihnen angeboten wird. Standesstolz, Bewußtsein der eigenen Bedeutung und Vertrauen auf die eigene Kraft ist bei unseren Arbeitermädchen nur schwach entwickelt. Darum auch kein rechtes, kräftiges Vorwärtsstreben, nur mangelhafte Bekundung der Solidarität im Arbeitsverhältnis.

Und die Erziehung der Mädchen war ja bislang auch wenig danach angetan, hierin eine Wandlung herbeizuführen. Im Gegenteil, die ganze Erziehung des Mädchens, die gesellschaftliche Auffassung von ihrem Stande, zeitigten diese Folgen. Gewiß soll die hauswirtschaftliche Erziehung an erster Stelle stehen, aber es ist eine große Unterlassungssünde, die sich in zahlreichen Fällen später an den Mädchen selbst bitter rächt, wenn dabei die Vorbereitung für das spätere Erwerbsleben ganz und gar vernachläßigt wird. Auf die Erziehung des Mädchens für den harten Kampf ums Dasein, den so manche Frau, so manche Witwe in zähem Ringen und unter Aufwendung ungeheurer Kräfte so oft kämpfen muß, wird zu wenig Gewicht gelegt. Beweis dafür ist die heutige Auffassung der Mädchen von ihrer Fabrikarbeit, Beweis ist ferner die Tatsache, daß viele Eltern ihre Mädchen in die Fabrik schicken, selbst wenn sie auf den Verdienst nicht so direkt angewiesen sind, anstatt den Kindern etwas gediegenes lernen zu lassen, Beweis ist auch die beklagenswerte Tatsache, daß viele Verbandsmitglieder es nicht einmal für notwendig halten, ihre Töchter unserer christlichen Textilarbeiterorganisation zuzuführen, weil sie meinen, das sei weniger für die Mädchen, die heirateten ja doch einmal usw. Beweis ist endlich, daß so viele Frauen und Witwen sich in saurer Arbeit kümmerlich durchschlagen müssen, weil sie in ihrer Jugend nichts gelernt haben. Mit der heute noch allgemein üblichen Auffassung von der Stellung der Arbeiterin muß gründlich gebrochen werden, wenn nicht bloß die mancherlei sozialen, sondern auch die vielen sittlichen Schäden beseitigt werden sollen, die diese Auffassung unbedingt im Gefolge haben muß und auch im Gefolge gehabt hat. Hier müssen wir in unseren Gewerkschaften eine unablässige Erziehungsarbeit leisten.

Als weiteres, wesentliches Hemmnis in der gewerkschaftlichen Werbearbeit unter den Arbeiterinnen

ist ihre Doppelstellung als Haus- und Textilarbeiterinnen. Das trifft ja in erster Linie für die verheirateten oder die verwitweten und geschiedenen Frauen zu, aber auch für die ledigen Arbeiterinnen. Braun nennt „eine Reihe von Schwierigkeiten, die in der Eigenart der Arbeiterin als Mädchen und Frau ihre Erklärung finden.“ Er meint das späte Nachhausekommen, das mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit vielfach verbunden sei und manche Arbeiterin abhalte, mitzuarbeiten. Dann aber träte auch die häusliche Stellung der Arbeiterin hindernd in den Weg. „Kehrt sie aus der Fabrik zurück, so harren ihrer in vielen Fällen häusliche Arbeiten, nicht bloß für sich, hinsichtlich der Kleidung, Wäsche, sondern auch für andere, den Vater, unerwachsene Geschwister, Kostgänger usw. Erst recht wird dadurch die verheiratete Arbeiterin in Anspruch genommen, und zwar nicht bloß nach getaner Fabrikarbeit, sondern auch vor derselben. Daraus ergibt sich, daß der Arbeiterin im allgemeinen weniger Zeit zur Verfügung steht zum Besuch gewerkschaftlicher Veranstaltungen, wie dem erwachsenen männlichen Arbeiter, und erst recht weniger Zeit zu einer aktiven Betätigung in der gewerkschaftlichen Organisation.“ Das Correspondenzblatt der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften ergänzt das noch in einer Besprechung einer größeren Statistik über die Frauenarbeit: „Die Mehrzahl der verheirateten Arbeiterinnen steht in dem Alter zwischen 20 bis 40 Jahren. Gerade dieses Alter stellt aber in Bezug auf Familienpflichten an die Frauen die höchsten Anforderungen, so daß es begreiflich ist, wenn sie weniger aktiv in die Arbeiterbewegung eingreifen, ja, sich sogar zum großen Teil ihr passives Verhalten verstehen läßt. Nur die Berufe mit erheblicher Heimarbeit beschäftigen Frauen über 40 Jahre in größerer Zahl. In vorgerückten Jahren sind aber natürlich ganz allgemein die Menschen neuen Ideen weniger leicht zugänglich; nicht allein nur die Frauen.

Als neue Ideen aber müssen noch immer die energischen Bestrebungen, auch die Arbeiterinnen den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, gelten.“

Und bei der Ausbreitung dieser „neuen Idee“ unter den Arbeiterinnen waren die christlichen Gewerkschaften bisher im allgemeinen so ziemlich auf sich selber angewiesen. Doch darüber in einem Schlußartikel.

Streiks und Aussperrungen in der Textilindustrie im Jahre 1911.

Die Darlegungen und Zahlen dieses Artikels beruhen in der Hauptsache auf der amtlichen Statistik über die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911, die soeben vom Reichsstatistischen Amte herausgegeben worden ist. Auf die vielen Mängel dieser Statistik, die namentlich in der Zusammenstellung über die Ergebnisse der Arbeitskämpfe stecken, ist oft genug hingewiesen worden. Der wiederholt erhobenen Forderung, die Behörden möchten ihre Streikstatistik in Verbindung mit den Berufsorganisationen aufmachen, ist bislang noch nicht nachgegeben worden. Darum kann die amtliche Statistik einen Anspruch auf Zuverlässigkeit nicht machen. Immerhin gibt sie ein Bild von der Kampfesbewegung des Berichtsjahres und auch eine wertvolle Uebersicht über die Bewegungen in den Vorjahren. Wir ziehen die Angaben über die Textilindustrie heraus, wobei wir bemerken, daß die Statistik unseres Verbandes bereits in der Bearbeitung ist und demnächst in dieser Zeitung, auch in Verbindung mit den amtlichen Erhebungen, besprochen werden soll.

An den 2566 Streiks, die angeblich im vergangenen Jahre in allen Gewerbegruppen geführt wurden, ist die Textilindustrie mit 87, das ist 3,4 Prozent der Gesamtzahl, beteiligt. Die Zahl der an dem Streik direkt beteiligten Arbeiter in der Textilindustrie betrug 10993, das ist 5,0 Prozent der Gesamtzahl der streikenden Arbeiter. Den höchsten Anteil an den Streikziffern stellt das Baugewerbe.

Zieht man einen Vergleich über die Streikbewegung in der Textilindustrie der letzten 10 Jahre, so gewinnt man ein recht unegales Bild, indem die Ziffern in den einzelnen Jahren außerordentlich schwanken. Das ist ja bei dem Auf und Ab des gewerblichen Beschäftigungsgrades, der die gewerkschaftliche Kampfesführung nach den verschiedensten Richtungen hin beeinflußt, nicht verwunderlich. So wurden in der Textilindustrie Streiks geführt:

Jahr	Zahl der Streiks	Beteiligte Arbeiter	Proz. aller Streiks	Proz. aller Streikenden
1902	101	7569	9,5	14,0
1903	62	6881	4,5	8,0
1904	29	3159	1,6	2,8
1905	86	12526	3,6	3,0
1906	154	29215	4,6	10,8
1907	98	10718	4,3	5,6
1908	36	3659	2,7	5,3
1909	64	6991	4,2	7,2
1910	107	10678	5,1	6,9
1911	87	10993	3,4	5,0

Nach dieser Tabelle war das Jahr 1906 für die Textilindustrie das höchste Streikjahr. Auch 1907 hat noch eine starke Streikbewegung, dann flaut es aber ab, wohl in der Hauptsache infolge des Sinkens des gewerblichen Beschäftigungsgrades. Im allgemeinen haben die Streiks in der Textilindustrie in den letzten Jahren nicht zugenommen. Das ist u. a. auch auf die Verbesserung der Kampfesführung der Gewerkschaften zurückzuführen, auf die Vielgestaltigkeit ihrer Kampfesmittel, auf die Stärkung ihrer Kasseneinrichtungen und schließlich auch auf die größere Tüchtigkeit ihrer Mitglieder. Unstreitig ist auch die Erstarkung der Unternehmerorganisationen darauf von Einfluß. Aber doch nicht zuungunsten der Arbeiter. Wollte man ein richtiges Bild gewinnen über einen Vergleich zwischen Streiks und gewerkschaftlichen Erfolgen, müßte man die Erfolge der friedlich verlaufenen Lohnbewegungen zum Vergleiche heranziehen. Ein solcher Vergleich würde ein relatives Sinken der Streiks ergeben bei einem Steigen der gewerkschaftlichen Gesamterfolge. Die Einwendungen, daß die Schlagfähigkeit der Gewerkschaften und ihre Erfolge mit der Erstarkung der Unternehmerverbände abnähmen, widerspricht ganz entschieden den Tatsachen. Die Zahl der Streiks sinkt relativ, dagegen nehmen die Erfolge der Gewerkschaften im ganzen und auf ihren dauernden Wert betrachtet durchaus nicht ab. Wir werden das weiter unten noch näher darlegen.

Was die Dauer der Streiks anbelangt, so wurden die weitaus meisten innerhalb zehn Tagen erledigt und zwar 62 Proz. derselben. — Die Unzuverläßigkeit der amtlichen Streikstatistik ergibt sich bei einer Untersuchung über die Art der Streiks. Sie verzeichnet für 1911 in der Textilindustrie 75 Angriffsstreiks und nur 12 Abwehrstreiks. Die Zahlen stimmen nicht. Das ungleiche Verhältnis der Angriffsstreiks zu den Abwehrstreiks wird schon allein dadurch sehr unwahrscheinlich, daß im vergangenen Jahre in einigen Zweigen der Textilindustrie, und zwar in den bedeutendsten, wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres ein sehr schleppender Geschäftsgang herrschte, wodurch in sehr vielen Fällen die Arbeiter in eine Abwehrstellung gedrängt, wogegen ihnen der Angriff zur direkten Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erschwert wurde. Aber wir können auch den zahlenmäßigen Nachweis für die Unrichtigkeit der amtlichen Angaben erbringen. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter verzeichnet in seinem Geschäftsberichte für 1911 nicht weniger als 23 Abwehrstreiks; die Zahl der Abwehrkämpfe, die unser Verband entweder allein oder mit anderen Verbänden zusammen geführt hat, wird nicht geringer sein. Damit ist die Ungenauigkeit dieses Teiles der amtlichen Streikstatistik nachgewiesen. Wir übergehen aus diesem Grunde den Teil der Statistik, der die Streikobjekte, Forderungen der Arbeiter oder der Unternehmer, behandelt.

Von großem Interesse sind die Angaben über den Erfolg der Streiks. Es wird nicht bloß von unorganisierten Arbeitern, sondern auch von den Arbeitgebern und diesen nahe stehenden Kreisen immer wieder behauptet, die gewerkschaftlichen Erfolge nähmen ab, die Streiks endeten in wachsendem Umfange mit einem Mißerfolge für die Arbeiter. Die Unternehmer führen das in ihrer Agitation namentlich auf das Erstarken der Unternehmerverbände zurück. Wie steht es nun mit diesen Behauptungen? Leider fehlt es in der amtlichen Statistik an einer Uebersicht der Streikerfolge in den letzten zehn Jahren nach Gewerbegruppen geordnet, so daß wir nicht in der Lage sind, solche Vergleiche speziell für die Textilindustrie zu bringen. Aber das allgemeine Bild veranschaulicht die Sache doch deutlich genug und es liegt gar kein Grund vor, anzunehmen, daß die Streikbewegung in unserem Gewerbe nicht dieselbe Tendenz aufweise. In dem zehnjährigen Zeitraume nahmen die Streiks folgenden Ausgang:

	voller Erfolg	teilweiser Erfolg	erfolglos
1902	21,5 Proz.	22,2 Proz.	56,3 Proz.
1903	21,8 „	32,3 „	45,9 „
1904	24,0 „	36,8 „	39,2 „
1905	22,0 „	40,4 „	37,6 „
1906	18,4 „	45,0 „	36,6 „
1907	16,5 „	41,0 „	42,5 „
1908	15,3 „	32,4 „	52,3 „
1909	18,4 „	33,8 „	47,8 „
1910	19,8 „	43,0 „	37,2 „
1911	19,4 „	46,2 „	34,4 „

Wir wollen zu dieser Statistik zunächst folgende Ergänzung geben. Vielfach werden die behördlichen Erhebungen über die Streiks in der Weise gehandhabt, daß die Polizeibehörden ihre Leute direkt zum Arbeitgeber schicken, um sich dort über den Erfolg eines Streiks zu befragen; oder sie nehmen ihre Angaben aus der Presse. Daß in beiden Fällen ein durchaus unrichtiges Bild zuungunsten der Arbeiter herauskommt, ist selbstverständlich. In Wirklichkeit sind die erfolgreichen Streiks zahlreicher, als es hier angegeben ist. Und wer die Praxis kennt, weiß, daß gänzlich erfolglose Streiks selten sind. Gibt die Arbeiterschaft einen Kampf ohne direkten Erfolg auf, so stellen sich doch vielfach später manche Vorteile für die Arbeiter als Nachwirkung des Kampfes heraus.

Aber auch die Statistik, wie sie sich hier gibt, zeigt, daß die erfolgreichen Streiks nicht ab, sondern zunehmen. Die Zahl der ohne direkten Erfolg beendeten Streiks ist seit 1902 erheblich gesunken, trotz, oder gerade wegen der Unternehmerorganisation. Das ist auf die oben genannten Gründe zurückzuführen. Wenn die mit einem vollen Erfolge beendeten Streiks nicht zu, sondern abgenommen haben, so tut das der gewerkschaftlichen Sache keinen Abbruch. Jeder gewerkschaftliche Praktiker weiß, daß es sich bei Lohnforderungen auch um ein Handelsgeschäft handelt.

Wie steht es nun mit den Erfolgen der Streiks speziell in der Textilindustrie? Von den 87 Streiks hatten 11 einen vollen, 42 einen teilweisen und angeblich 34 keinen Erfolg. Was von der letzten Zahl zu halten ist, wissen unsere Leser aus dem oben Gesagten. Immerhin wird das vergangene Jahr für die Textilarbeiter infolge der schlechten Geschäftsverhältnisse nicht besonders günstig gewesen sein.

In 19 Fällen führten die Streiks in der Textilindustrie zu Aussperrungen, mit zusammen 10819 Ausgesperrten. Von diesen Zahlen nimmt unsere Coesfelder Aussperrung einen großen Teil in Anspruch.

Alles im allem ergibt sich, daß für die Textilindustrie das Jahr 1911 nicht besonders reich an Kämpfen war. Das ist wohl in der Hauptsache auf den schlechten Geschäftsgang zurückzuführen, der in den wichtigsten Zweigen dieses Gewerbes bis über die Mitte des Jahres hinaus herrschte. Die Zahl der gewonnenen Streiks ist danach im Verhältnis groß. Größer aber sind die Erfolge der friedlich verlaufenen Bewegungen, über die die amtliche Statistik leider nichts sagt.

Die „Vergewaltigung“ der „Deutschen“ in M.-Gladbach.

Der „Textilarbeiter“, das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter, schreit im Verein mit den Agitatoren dieser Organisation immer wieder von einer Vergewaltigung der Mitglieder des „deutschen“ Verbandes in M.-Gladbach durch die bösen Christlichen. Es wird darum angebracht sein, einmal in aller Kürze zu zeigen, warum wir zu dem bekannten Beschlusse gekommen sind und was dieser Beschluß eigentlich regelt. Nun der Beschluß bestimmt einfach, mit den gegnerischen Organisationen keine gemeinsamen Versammlungen mehr abzuhalten. Warum das?

Zuerst sei bemerkt, daß die übergroße Mehrzahl der organisierten Textilarbeiter M.-Gladbachs unserem Verbande angehört. Von 100 Versammlungen hatten wir darum bei mindestens 90 allein die Vorbereitungen zu treffen und die Vorarbeiten zu machen. Die Gegner kamen dann einfach hin, redeten ihre Agitationsrede, verteilten Aufnahmescheine und zogen wieder von dannen. Nun erlaubten sie sich aber schließlich derart viel, daß es zu bunt und der Zweck der Versammlung einfach vereitelt wurde. Diesem Zustande wurde dann im April vergangenen Jahres unsererseits ein Ende gemacht, und seitdem von uns folgende Regeln beachtet:

1. In den unsererseits einberufenen Versammlungen werden die Gegner nicht zugelassen. Also die früher üblichen gemeinsamen Belegschaftsversammlungen finden nicht mehr statt. Wir bleiben den von den Gegnern einberufenen Versammlungen fern. Die Kollegen eines Betriebes können unter sich gemeinsame Versammlungen abhalten, jedoch wird dann kein Verbandsvertreter zugelassen.

2. Kommt es zu einer Bewegung, dann setzen die einzelnen Organisationen, nach dem Verhältnis ihrer Stärke in dem betreffenden Betriebe, eine Kommission zusammen, die die Aufgabe hat, in gemeinsamer Sitzung mit den Verbandsvertretern die Forderungen aufzustellen. Das Resultat der Kommissionsberatungen wird in getrennten Versammlungen den Mitgliedern der einzelnen Verbände unterbreitet.

3. In 99 Proz. der Fälle sind die Beschlüsse der gemeinsamen Kommission gutgeheißen worden. Wenn es mal nicht der Fall ist, werden die neuen Wünsche in der Kommission nochmals durchberaten. Die Sache wird durch den Arbeiterausschuß der Firma überreicht und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern selbstverständlich gemeinsam gepflogen. Der Arbeiterausschuß und die demselben zur Seite stehende Kommission mit den Verbandsvertretern sollen nun die sich in der Bewegung ergebenden Situationen beraten und nach reiflicher Ueberlegung sich über jeweilig zu unternehmende Schritte verständigen, damit ein einheitliches Vorgehen bei Bewegungen erzielt wird. Um dies zu erreichen, statten unsere Kollegen ihre Ausschuß- und Kommissionsmitglieder mit den notwendigen Vollmachten aus. Ueber den eventuellen Abschluß einer Bewegung entscheiden dann die Kollegen in getrennten Versammlungen.

Wer diesen Modus ruhig und objektiv betrachtet, wird ihn durchaus gesund und vorteilhaft für die Arbeiter nennen müssen. Wie wäre es, wenn unsere Gegner unseren Kollegen in ihren Domänen dies Entgegenkommen zeigten? Sie tuen es nicht und darum haben ihre Gladbacher Freunde doppelt das Recht verwirkt, über ungenügende Berücksichtigung seitens der Christlichen zu klagen.

Nun wenden die Genossen ein, weil die Forderungen in getrennten Versammlungen aufgestellt würden, sei schon keine Einigkeit vorhanden. Die Kommission aber reduzierte auch noch die von den Arbeitern gestellten Forderungen. Nun, die Genossen mögen sich mehr auf den Boden des praktisch Erreichbaren stellen und nicht manchmal rein Unmögliches verlangen, dann braucht die Kommission nicht so oft den schleifenden Hobel anzusetzen. Nicht die christlichen Ar-

beiter sind es, wie die Nr. 13 des „Textilarbeiters" der Welt plausibel machen möchte, die undurchführbare Forderungen den Kommissionen unterbreiten. Wie oft müssen wir es erleben, daß den Führern der Gegner die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen nicht weit genug gehen, ohne Rücksicht darauf, was überhaupt erreicht werden kann. Diese Schaumschlägerei liegt nicht im Interesse der Arbeiter und ist gewerkschaftlich unvernünftig. Die Genossen wollen sich als die rücksichtslosen Vertreter der Arbeiterinteressen aufspielen, um Dumme zu fangen. Doch dieses Mittelchen verfängt nicht mehr, so oft es auch noch erprobt werden mag. Unsere Kollegen sagen, Forderungen stellen ist keine Kunst, aber schwierig, sie durchzuführen.

Nun wird ja unseren Gegnern in Gladbach auch zu wenig gestreikt. Der Gauleiter Brüggemann belehrte im vergangenen Jahre in Krefeld auf einer Konferenz die Anwesenden laut „Düsseldorfer Volkszeitung": „Nicht jede Bewegung braucht zum Streik zu führen". Recht so, der Meinung sind wir auch. Unsere Gladbacher „Freien" vertreten aber einen anderen Standpunkt. Sie mögen uns doch einen ihrer Bezirke aufweisen, wo für die Arbeiterschaft mit Streiks das erreicht wurde, was hier in friedlichen Verhandlungen für die Arbeiter Jahr um Jahr erobert wird. Andererseits scheuen wir aber auch den Kampf nicht. Das beweisen die Kündigungen der einzelnen Belegschaften, in kürzerer Zeit vier hintereinander. Dabei vertreten wir jedoch den Grundsatz, daß das Objekt, um welches es sich handelt, auch eines Kampfes wert sein muß. Um kleinerer Sachen willen stürzen wir uns nicht den Genossen zuliebe in folgenschwere Kämpfe, die unter Umständen weiter nichts mit sich bringen, als vielleicht die Vernichtung einer Anzahl Arbeiterexistenzen. Eine derartige Arbeiterinteressenvertretung überlassen wir den Genossen.

Zusammenbruch der Tarifbewegung in Neumünster.

Der Streik bezw. die Aussperrung in Neumünster ist beendet. Damit ist eine Bewegung abgeschlossen worden, die in ihren Anfängen zu den schönsten Hoffnungen berechtigte.

Die Textilarbeiter in Neumünster waren gut organisiert, in den Webereien durchschnittlich 90—95 Prozent, davon über zwei Drittel im „deutschen" Verbande. Die Konjunktur war sehr gut, die Stimmung der Leute vortrefflich. Das gesteckte Ziel war, einen einheitlichen Mindestlohntarif für sämtliche Tuchfabriken am Ort durchzusetzen.

In der Fabrik der Firma Gebr. Hansen-Brachenfeld kam die Bewegung zuerst zum Ausbruch. Wegen Ablehnung ihrer Forderungen traten die Arbeiter in den Streik. Im Anschluß hieran wurde in den übrigen Tuchfabriken nach und nach etwa 70 Prozent der organisierten Arbeiterschaft ausgesperrt. Die Fabrikanten hielten so viel Arbeiter in ihren Betrieben, als notwendig waren, um die eiligsten Aufträge fertigzustellen. Insgesamt sind etwa 450—500 Organisierte in den Betrieben während der ganzen Aussperrung verblieben. Dem lebhaft geäußerten Wunsch dieser Kollegen, sich am Kampfe beteiligen zu dürfen, setzte der „deutsche" Textilarbeiterverband ein starres „Nein" entgegen. Man zwang anfänglich sogar die Mitglieder, auf den Stühlen ihrer ausgesperrten Kollegen zu arbeiten. Für Aufklärung der Leute wurde durchaus nicht genügend gesorgt. Während der ganzen Aussperrung hat nicht eine gemeinsame Versammlung der Ausgesperrten stattgefunden. Auch den Streikenden der Firma Gebr. Hansen wurde keinerlei Mut zugesprochen. Im Gegenteil, alle Reden waren darauf berechnet, die Leute mutlos zu machen. Daß dieses Ziel erreicht wurde, haben die Tatsachen bewiesen.

Es wurden immer mehr Arbeiter arbeitswillig, und schließlich beschloß eine Belegschaftsversammlung der Firma Gebr. Hansen am 8. Mai, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Da nun die Fabrikanten die Aussperrung aufhoben, haben sämtliche Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen, ohne in irgend einer Weise auf die früher gestellten Forderungen zu bestehen. Ja, nicht einmal ein Versuch wurde in dieser Richtung gemacht. Die so schön angefangene Tarifbewegung war innerhalb einer Woche völlig zusammengebrochen.

Die Kollegen und Leiter unseres Verbandes standen wie vor einem Rätsel. Warum diese Taktik des „deutschen" Textilarbeiterverbandes? Warum diese systematische Mutlosmachung?

Die Aufklärung sollte uns nur zu früh werden. Durch unsern Bezirksleiter Lensing in die Enge getrieben, mußte der Zentralvorsitzende des „deutschen" Textilarbeiterverbandes, Hübsch-Berlin, erklären, daß der Streik bei Gebr. Hansen ohne Genehmigung des „deutschen" Textilarbeiterverbandes bezw. dessen Zentralleitung ausgebrochen war. Der Lokalbeamte Kotzur hatte die Geschichte auf eigene Faust unternommen. Nun war uns das Verhalten der „Deutschen" sofort erklärlich. Die Bewegung mußte abgewürgt werden, weil sie nicht genehmigt war. Anstatt nun den Arbeitern reinen Wein einzuschenken, schlug man diese feige Taktik ein.

Die gewaltige Entrüstung der geprellten Arbeiterschaft kann nur der ermessen, der die Dinge am Ort miterlebt hat. Ein solcher kompletter Arbeiterverrat steht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum Glück vereinzelt da.

Die Schmach von Neumünster wird der „deutsche" Textilarbeiterverband nicht wieder von seinem Schild abwaschen können. Sie ist mit unvergänglichen Lettern in das Schuldkonto des „deutschen" Textilarbeiterverbandes eingetragen worden. Es ist sehr zu bedauern, daß die Arbeiter einem solchen falschen Spiel zum Opfer fallen mußten.

Ausspringende Schützen.

(Nachdruck untersagt.)

I.

g. s. Ueber nichts in der ganzen Weberei sind die Begriffe und Anschauungen so verschwommen, wie über die Bedingungen, unter denen ein korrekter Schützenlauf erfolgen kann. Alles mögliche soll schuld sein, wenn ein Schützen ausspringt, das richtige wird jedoch meist übersehen, und es soll zugegeben werden, daß es auch manchmal garnicht so einfach ist, die Ursache solcher Vorkommnisse mit unumstößlicher Sicherheit festzustellen, da meist nicht nur eine Ursache vorliegt, sondern eine schließlich vorgefundene Unregelmäßigkeit am Stuhl nur als Endglied einer Kette voraufgegangener Fehler anzusehen ist. Es soll deshalb versucht werden, die Wirkungsweise der einzelnen, hier in Betracht kommenden Teile, ihren Einfluß auf einander und auf das Gesamtresultat zu erörtern.

Zumeist werden die Fehler im Kasten und am Treiber gesucht. Sie werden dort auch manchmal liegen, sehr häufig jedoch ist die Ursache in Teilen zu finden, die scheinbar mit dem Schützen und dessen Bewegung garnichts zu tun haben, wie z. B. in den Geschirrexzentern, den Schlagexzentern, der Stellung der Kurbelwelle usw. Daß im Schützen selbst die Ursache liegen kann, indem bei Verarbeitung starker Schußgarne infolge schlechter Spulerei der Faden hängen bleibt und den Schützen dadurch in seinem Lauf mit der Spitze vom Blatt abzieht, mag hier Erwähnung finden, indessen werden solche Veranlassungen bald erkannt und können ev. durch Anbringung des Austrittsloches für den Schußfaden am Boden des Schützens beseitigt werden. Diese Ursache bedarf also keiner weiteren Erörterung.

In erster Linie ausschlaggebend ist der Kasten, sowohl in seiner Gesamtheit als auch in den einzelnen Teilen.

Der Treiber oder Picker ist bei Unterschlägerstühlen ein auf die Spitze des Schlägers oder Schlagstockes lose aufgeschobener Lederkörper, welcher in dem durch die obere Führungsleiste abgeschlossenen Kastenraum gleitet. Der Schläger wird mit dem oberen schmaleren Ende durch den für ihn im Kastenboden vorgesehenen Schlitz gesteckt und durchdringt den im Kasten liegenden Treiber, ohne sonstwie mit ihm verbunden zu werden. Beim Arbeiten bohrt sich nun der Schützen mit seiner Spitze allmählich ein Loch in den Treiber, welches in Form und Größe der eisernen Schützenspitze entspricht, sodaß diese gleichsam ein festes Lager in dem Treiber erhält. Es wird nun bei diesen Stühlen häufig nicht genügend Obacht darauf gegeben, daß die den Schlagstock umschließenden Teile des Treibers genügend glatt sind. Da nämlich der Drehpunkt des Unterschlagstockes senkrecht unter dem Anfang des Schützenkastens liegt, so ist, da der Schlagstock bei seiner Bewegung einen Kreisbogen schlägt, das Ende des horizontal liegenden Schützenkastens aber 35—40 cm weiter nach außen liegt, die Verbindungslinie des Endpunktes des Kastens mit dem Drehpunkt des Schlagstockes länger als die Verbindungslinie des vorderen Kastenendes mit tiefem Drehpunkt. Daraus folgt, daß die Spitze des Schlagstockes bei der Bewegung vom Ruhepunkte am äußeren Ende des Kastens nach dem vorderen Kastenausgang sich durch den Treiber heraufschieben muß, der Treiber muß also auf der Schlagstockspitze rutschen. Kann dies nicht gänzlich stoßfrei erfolgen, so kommt es vor, daß der Treiber, da ihm die obere Abschlußleiste des Kastens immerhin eine gewisse Bewegung nach oben gestattet, sogar gestatten muß, damit auch die von der im Treiber allmählich entstandenen Höhlung umschlossene Schützenspitze bei der Bewegung nach dem Fach angehoben wird, abweicht.

Stellt man sich nun genau die Wirkung vor, die dieser Umstand haben muß, so kann man sich überzeugen, daß der Schützen nicht mehr glatt auf der Ladenbahn aufliegt, sondern für den Fall, in welchem der Treiber vorn an das Prelleder des Kastens schlägt, unter Umständen ein Zentimeter mit seinem hinteren Ende über der Bahn schwebt. Bei der Weiterbewegung des Schützens, d. h. wenn derselbe von dem Treiber freigegeben ist, muß naturgemäß das hintere Ende, der Schwerkraft folgend, auf die Bahn herabfallen, was jedenfalls nicht ohne Störung auf den weiteren Verlauf der Flugbahn sein kann. Man muß dabei bedenken, daß der Schützen nicht, wenigstens nicht bei größerer Tourenzahl, fest auf der Bahn gleitet, wie beispielsweise der mit Rollen ausgestattete Handschützen, sondern in gewissem Maße frei fliegt, wie man das bei Webstühlen ohne Ladenbahn und bei mehrfächrig, d. h. mit mehreren Schützen gleichzeitig arbeitenden Stühlen, bei denen nur für den unteren Schützen eine Ladenbahn vorgesehen ist, sehr gut beobachten kann. Das Eintreffen des Schützens im gegenüberliegenden Kasten tritt meist nur unter dem Einfluß des Beharrungsvermögens, d. h. unter der Einwirkung der dem Schützen im Kasten gegebenen Bewegung durch den Schlag, ein. Treten nun noch irgendwelche äußerliche Momente hinzu, so wird der Schützen von seiner ursprünglich horizontalen Flugbahn abgelenkt und verläßt das Fach, manchmal sogar recht unangenehme Spuren im Oberkettfach hinterlassend. Man wird also auf alle Fälle guttun, beim Neueinsetzen von Schlägerstöcken die obere Spitze, soweit dieselbe durch den Treiber gehen muß, recht sauber mit Sandpapier abzureiben. Das Bestreichen mit Lack oder ähnlichen Mitteln ist indessen nicht zu empfehlen, da das im Leder vorhandene Fett diese auflösen und so eine klebende Schmiere bilden könnte. Im Gebrauch ist es ratsam, in die Treiberöffnung von oben her etwas Kalksteinpulver zu schütten, damit zwischen Schlagstockspitze und Treiber möglichst jegliche Veranlassung zur Reibung aufgehoben wird.

Das gleiche Endergebnis tritt ein, wenn bei Oberschlägerstühlen die Spindel nicht horizontal eingestellt ist oder die Oeffnung, mit welcher der Schützen auf der Spindel geführt wird, schon sehr stark ausgelaufen ist. Im Ruhezustande liegt dann der Treiber mit der Oberkante der Oeffnung auf der Spindel auf und wird, da naturgemäß bei der Bewegung des höher gelegenen Schlagarmes ein Zug nach oben erfolgt, der Treiber und die Schützenspitze so viel angehoben werden, als die Führungsöffnung größer ist als der Spindeldurchmesser. Eine allzu große Sparsamkeit ist hier also nicht angebracht, man soll einen solchen Treiber lieber bei Zeiten auswechseln.

Allgemeine Rundschau.

Wozu unsere Mitarbeit gefordert wird. Unser Bruderorgan vom christlichen Malerverbande schreibt: „Um die Mitte des (19.) Jahrhunderts schilderte Disraeli (ein englischer Staatsmann) . . . mitleidig den deutschen Diplomaten, der aus dem Kreise glänzender Damen und weltbeherrschender Staatsmänner in die heimische Verbannung zurückkehrt. Sein Land ist das Erzeugnis von Friedenskongressen und künftigen Protokollen. Es „spielt" eine Großmacht. Sein Volk ist arm, nur reich an Wäldern: es gilt erst, ein „Vaterland" ihm zu geben — „mit Blut und Eisen", setzt Disraeli weitsichtig hinzu.

Und heute? Dem Könige Midas gleich berührt Deutschland unscheinbare Rohstoffe: sie werden unter seiner Hand münzbares Gold. Deutschland — der an Großbritannien herangipfelnde Industriestaat! Unsern Großvätern wäre solche Prophezeiung als Wahnwitz erschienen. (v. Schulze-Gaevernitz.)

Weil wir zu sehr selbst mitten in dieser Entwicklung drin stehen, sind wir zu leicht geneigt, sie als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen und denken nicht der Gegensätze, die unser Land am Anfang und am vorläufigen Abschluß einer fünfzigjährigen Entwicklung bietet. Und doch ist namentlich unsere Gewerkschaftsarbeit selbst ein Kind dieser Entwicklung. Ohne die letztere hätte von den Erfolgen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht die Rede sein können.

Ohne eine solche Entwicklung in der Zukunft kann aber auch unsere zukünftige gewerkschaftliche Tätigkeit nicht den gewünschten Erfolg haben. Und daraus ergibt sich die logische Schlußfolgerung, daß die Gewerkschaft in ihrem eigenen Interesse berufen ist, daran mitzuarbeiten, daß unsere fernere Entwicklung jenen Umfang nimmt, den sie beim Zusammenwirken aller Kräfte zu nehmen in der Lage ist. Das „Verwandeln der unscheinbaren Rohstoffe in münzbares Gold" ist ein treffendes Bild für den Gang, den unser Wirtschaftsleben nehmen muß: kühne Initiative muß darauf ausgehen, mittels der Erfolge der Wissenschaft immer neue Tätigkeitszweige in den Dienst der Entwicklung zu ziehen. Die Arbeit aber muß bereit sein, sich den so neu entstehenden Bedürfnissen anzupassen. Die Gewerkschaft endlich wird sich in den Dienst einer entsprechend gerichteten Erziehung der Arbeiter stellen, um für die letzteren später den Anteil an den neu errungenen Erfolgen zu sichern.

Dazu ist unser aller Mitarbeit unbedingt erforderlich. Halten wir uns das Bild von Deutschlands glänzendem Aufstieg oft vor Augen. Es ist ein durchschlagender Beweis für das, was ein Volk in kurzer Spanne Zeit leisten kann. Es ist auch ein Ansporn für die verständnisvolle Weiterarbeit im Zusammenwirken aller Faktoren.

Christliche Gewerkschaften und Unternehmertum. Im Anschluß an den Ruhrbergarbeiterstreik ist das Verhalten der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern hier und da von Kreisen, die sonst ernst zu nehmen sind — wozu natürlich sozialdemokratische Presse und Agitatoren nicht gerechnet werden können — ganz falsch beurteilt worden. Man spricht von Wandlungen, von Rechtsschwenkungen und dergl. mehr. Davon ist jedoch gar keine Rede. Dem Unternehmertum gegenüber haben die christlichen Gewerkschaften stets eine durchaus objektive Stellung eingenommen, die Berechtigung seiner Existenz, die Bedeutung seiner Funktionen stets anerkannt. Das ist durchaus keine Neuerscheinung. Dafür könnten hunderte von Belegen aus Reden und Schriften erbracht werden. Im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911 wird dieser Standpunkt in die Formel zusammengefaßt: „Durch die Förderung des Gemeinwohls ist auch dem eigenen Stande am besten gedient." (S. 94.) Und an anderer Stelle (S. 89 und 90) heißt es über das Verhältnis zu den Unternehmern:

„Die christlichen Gewerkschaften belassen den Unternehmer, auch den Privatunternehmer, dort, wo er wirtschaftlich am Platze ist, in seiner leitenden Stellung. Die wichtigen Funktionen der Beschaffung des Kapitals, der Spekulation, der kaufmännischen und technischen Organisation, bleiben das ureigenste Gebiet seiner Betätigung. Je erfolgreicher sich der Unternehmer hier betätigt, desto besser für seine Arbeiter. Nur bei der Organisation der Arbeit und ihren Bedingungen wollen die Gewerkschaften mitsprechen. Aber auch hier nicht aus dem Bestreben, den Unternehmergewinn zu kontrollieren, zu beeinträchtigen u. s. f., sondern lediglich vom Standpunkt der Arbeit, damit diese sich entsprechend lohne. Das zu tun ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht.

. . . Die christlichen Gewerkschaften sehen eine wichtige Aufgabe darin, alles das zu fördern, was der Solidarität dient und ergreifen dazu jedes gebotene Mittel. Das haben sie bewiesen mit ihrer Stellungnahme zu allen sozialreformatorischen Bestrebungen auf bürgerlicher Seite. Sie werden es mit ihrer Erstarkung auch beweisen durch die Erziehungsarbeit, die sie zu leisten bereit sind für die gewerbliche Ausbildung und insbesondere für die soziale Schulung ihrer Mitglieder. Damit ist es ihnen redlicher Ernst. Freilich muß von den Unternehmern und ihren Verbänden erwartet werden, daß sie sich zu einer entsprechenden Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung durchringen. Der Solidaritätsgedanke hat bisher auf deren Seite, so auffallend das klingen mag, viel weniger Boden als auf Seiten der Arbeiter gefunden. An der christlichen Arbeiterbewegung soll es nicht fehlen, nach beiden Seiten Wandel zu schaffen. Obenan steht das Gedeihen des Gesamtunternehmens — also die Solidarität, und dann erst kann eine Auseinandersetzung der Parteien über den Anteil am Gewinn stattfinden auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und vernünftiger Verständigung."

Ein heller Kopf scheint der Gauleiter Döbler-Hannover vom „deutschen" Textilarbeiterverband zu sein. Bei dem Streik bezw. der Aussperrung in der Tuchindustrie in Neumünster wurde von den Mitgliedern des „deutschen" Textilarbeiterverbandes gefordert, daß die Oeffentlichkeit in Neumünster durch ein Flugblatt über die Verhältnisse aufgeklärt würde. In einer Versammlung der Streikenden meinte nun Herr Döbler,

ein solches Flugblatt zu schreiben sei keine Kleinigkeit. Es dauere dieses Tage, ja Wochen (Zurufe: Monate).

Man sieht, zum Schriftsteller eignet sich Herr Döbler nicht. Der wahre Grund der Schwerfälligkeit liegt jedoch darin, daß der „deutsche" Textilarbeiterverband in Neumünster einen Streik zusammenbrechen lassen wollte, weil man eine größere Aussperrung fürchtete.

Zur Reform des preußischen Einkommensteuergesetzes hat eine in der Hauptsache aus Vertretern der christlichen Arbeiterbewegung bestehende Kommission in Düren eine Eingabe an die gesetzgebende Körperschaft gerichtet, die fordert: 1. eine Erhöhung der Steuergrenze von 900 auf 1200 M., 2. die Einkommen aus Ueber- und Sonntagsarbeit, 3. das Einkommen der Frau unter 500 M. steuerfrei zu lassen. 4. Die Leistungen der Reichsversicherung und die Veteranenbeihilfe von der Besteuerung zu befreien. 5. Bei den kleinen Einkommen für jedes Kind und jede unterhaltungspflichtige Person eine Ermäßigung um eine Stufe eintreten zu lassen. 6. Die Beiträge zu den Berufsvereinen als vom Einkommen abzugsfähig gesetzlich festzulegen.

Als Begründung wird u. a. angeführt:

Zu Absatz 1: Seit Schaffung des heutigen Einkommensteuergesetzes ist die Lebenshaltung, insbesondere der unteren Schichten, durch das enorme Ansteigen der Lebensbedürfnisse, Mieten usw. bedeutend teurer geworden. Ein Vergleich der ortsüblichen Tagelöhne von vor 20 Jahren und heute zeigt, in welchem Umfange die Anforderungen an den Haushalt der Unbemittelten gestiegen sind. Die hohen Exekutivkosten, die an vielen Orten zum Eintreiben der geringen Steuersätze aufgewendet werden müssen, zeigen, daß die Leute, die von der Hand in den Mund leben, trotz Aufbietung aller Mittel vielfach nicht in der Lage sind, die veranlagten Steuern zahlen zu können. Dazu kommt, daß durch die industrielle Entwicklung Arbeitslosigkeit und Krankheit öfter eintreten und viele Arbeiter dadurch in große Schwierigkeiten geraten. Der geringe Ausfall an Steuern, welcher bei Berücksichtigung dieses Wunsches eintritt, dürfte durch schärfere und möglichst vollkommenere Heranziehung der höheren Einkommen leicht zu decken sein.

Zu Absatz 2: Durch die Auskunftspflicht der Arbeitgeber werden die Einkommen der Arbeiter und Angestellten in weit höherem Umfange herangezogen, wie die Einkommen der selbständigen Gewerbetreibenden. Jeder Pfennig des Arbeiters, ob an Sonn- oder Werktagen, ob bei Tage oder Nacht verdient, wird von der Steuer erfaßt. Hierdurch ist eine derartige Verbitterung entstanden, daß viele Arbeiter sich weigern, notwendige, im Interesse der Industrie liegende Ueber- oder Sonntagsarbeiten zu verrichten. Bei freiwilliger Ueb- oder Sonntagsarbeit handelt es sich meistenteils um Arbeiter, die durch Not dazu gezwungen werden. Es sind uns Fälle bekannt, wo sogar das Einkommen aus Hausarbeit, die von der Frau und den Kindern gemacht wurde, dem Verdienste des Mannes zugezählt wurde. Bei Ueber- oder Sonntagsarbeit, ob gezwungen oder freiwillig verrichtet, entstehen dem Arbeiter so hohe Aufwendungen, daß von einem Mehrverdienst noch kaum die Rede sein kann. Dieses hat man bei Beamtenkategorien anerkannt, trifft jedoch in noch höherem Maße bei den Arbeitern zu.

Zu Absatz 3: Die Beschäftigung der Frau ist an sich vielfach ein notwendiges Uebel. In den meisten Fällen geht die Frau nur deshalb einer Beschäftigung nach, weil das Verdienst des Mannes zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht oder wenn Schulden zu decken sind. Der durch die Mitarbeit der Frau erzielte Gewinn ist für viele Arbeiterfamilien jedoch nur scheinbar vorhanden, weil dadurch bedeutende Mehraufwendungen erforderlich sind. Es ist daher nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn wir bitten, das Einkommen der Frau aus gewinnbringender Beschäftigung, soweit dasselbe 500 M. nicht übersteigt, steuerfrei zu lassen.

Zu Absatz 4: Ein Arbeiter, der der deutschen Volkswirtschaft große Dienste geleistet hat und gezwungen ist, irgendwelche Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung zu beanspruchen, befindet sich in einem Zustande der Hilfsbedürftigkeit. Die Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung sind in den meisten Fällen so gering, daß damit nur das zum Leben notwendigste beschafft werden kann. Wenn in einzelnen Fällen die Bezugsberechtigten eine höhere Rente erhalten, was nur bei Unfällen möglich ist, so bedürfen dieselben auch größerer Pflege, wodurch mithin auch erhöhte Ausgaben entstehen. Bei den Veteranenbeihülfen trifft dasselbe zu.

Der § 19 des heutigen E.-St.-G. berücksichtigt zwar diejenigen Steuerpflichtigen mit großer Kinderzahl, jedoch nicht entsprechend den Mehraufwendungen, welche solche Familien machen müssen. Die Tatsache, daß Waisenhäuser und sonstige Anstalten zum Unterhalte ihrer Insassen bedeutend höherer Summen bedürfen, läßt es gerechtfertigt erscheinen, diejenigen Steuerpflichtigen, welche Kinder oder sonstige Angehörige zu unterhalten haben, mehr wie bisher zu berücksichtigen.

Zu Absatz 6: Die Berufsvereine sind für die Gesamtheit des Volkes von großer Wichtigkeit, besonders auch deshalb, weil dieselben bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Notfällen Unterstützungen gewähren. Es dürfte unwesentlich sein, ob ein klagbares Recht besteht oder nicht, wenn nur die Unterstützungen unter normalen Verhältnissen allgemein gezahlt werden. Dadurch werden die Kommunalverwaltungen in hohem Maße entlastet. Es entspricht daher der Gerechtigkeit, den Abzug der Beiträge zu den Berufsvereinen gesetzlich festzulegen.

Gewerkschaften und Arbeiterschutz. In den diesjährigen Berichten der preußischen Gewerbeinspektoren wird als ein erfreuliches Zeichen die Tatsache festgestellt, daß die Uebertretungen der zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen in der Abnahme begriffen seien. Man darf diese Tatsache unumwunden mit auf das Konto der Gewerkschaften setzen. Erweisen sich die Gewerkschaften als die besten Vorarbeiter für den staatlichen Arbeiterschutz, so sind sie auch mit zu den besten Ueberwachungsorganen zu rechnen. Ohne Gewerkschaften würde — das würde auch die aufopfernste Tätigkeit unserer Gewerbeinspektoren nicht verhindern können — ein großer Teil unseres Arbeiterschutzes nur auf dem Papiere stehen. Nicht bloß erzieht die Gewerkschaft ihre Mitglieder für den Wert und die Bedeutung des Arbeiterschutzes, sie hält auch eine sorgsame Kontrolle über die Beachtung und Durchführung unserer Schutzbestimmungen. In den gewerkschaftlich unerschlossenen Bezirken, Orten oder Fabriken ist der Gesetzesmißachtung, der rücksichtslosen Ausnützung der Frauen- und Kinderkraft, noch vielfach Tür und Tor geöffnet. Unsere Gewerbeinspektoren können doch nicht ständig dahinter stecken, und wie sich in solchen Orten die Polizei manchmal als Gesetzhüter erweist, na — man rede nicht darüber.

Von den Gewerbeinspektoren wird die Bedeutung der Gewerkschaften für den Arbeiterschutz auch unumwunden anerkannt. So sagt der Beamte von Düsseldorf in seinem diesjährigen Berichte, es sei zuzugeben, daß „man die Kontrolle durch die Organisationen der Arbeiter als ein wesentliches Hilfsmittel zur Durchführung des Gesetzes (für Arbeiterinnen) ansehen" müsse. In ähnlichem Sinne sprechen sich noch mehrere Beamte aus. Der von Frankfurt sagt wörtlich: „Bei Beurteilung der Angelegenheit muß berücksichtigt werden, daß eine regelmäßige Aufsichtstätigkeit über die Durchführung der Bestimmungen kaum möglich ist. Zuwiderhandlungen werden im allgemeinen wohl nur durch Anzeigen aus Arbeiterkreisen zur Kenntnis der Aufsichtsbeamten gelangen. Angesichts des bedeutenden Einflusses der Arbeiterorganisationen im Bezirk ist außerdem damit zu rechnen, daß die organisierten Arbeiter die Durchführung dieser Bestimmungen hier ebenso scharf überwachen werden, wie das bezüglich anderer Gesetzesvorschriften schon bislang geschah. So wird wohl auch hier im Wege der Selbsthilfe aus der Arbeiterschaft dem Gesetze gebührende Beachtung verschafft werden." Dieselben Erfahrungen haben die Beamten von Erfurt und Potsdam gemacht. Ein Gewerbeinspektor berichtet, daß er sogar zu den Versammlungen der Gewerkschaften und Arbeitervereine eingeladen worden ist, um dort über den Arbeiterschutz zu sprechen.

Wie die Beamten weiter hervorheben, leisten die Gewerkschaften bei der Unfallverhütung, der Durchführung der Bestimmungen über Arbeitszeit usw., bei der Bekämpfung schädlicher und nicht unbedingt erforderlicher Nacht- und Ueberarbeit dankenswerte Arbeit, ohne welche die staatliche Gewerbeaufsicht in manchen Fällen vollständig wirkungslos wäre.

Es wäre nur zu wünschen, daß diese Tätigkeit der Gewerkschaften auch außerhalb der Arbeiterkreise mehr beachtet und bewertet würde. Ohne Gewerkschaften könnte unser Arbeiterschutz nicht die Bedeutung haben, die er heute wirklich besitzt. Leider sehen aber auch alle Gewerbeinspektoren noch nicht ein, daß ihre Tätigkeit erst mit Hilfe der Gewerkschaften eine recht erfolgreiche und ersprießliche sein kann.

Hildebrands Richter. Der aus der Partei ausgeschlossene Genosse Hildebrand schildert in der letzten Nummer der Sozialistischen Monatshefte die näheren Umstände seines Ausschlusses und das ganze Ausschlußverfahren.

Er sagt, er sei ausgeschlossen worden, obschon er durch keine Handlung irgendwie gegen die Beschlüsse einer Parteiinstanz verstoßen habe. Er habe nur in rein theoretischen Fragen eine Meinung gehabt, die einigen Genossen nicht gefallen habe, da sei er ausgestoßen worden.

Interessant ist dabei folgende Feststellung Hildebrands:

Bei den Ausschlußverhandlungen stellte sich heraus, daß **keiner der drei Schiedsrichter, die den Ausschluß begründeten, das Buch Hildebrands, auf Grund dessen er aus der Partei ausgestoßen wurde, gelesen hatte.**

Also da sitzen drei wissenschaftlich nichtgebildete Arbeitersekretäre und urteilen darüber ab, ob die wissenschaftlich begründeten Forderungen eines Mannes noch mit dem Parteiprogramm in Einklang zu bringen seien. Sie haben überhaupt nicht die Fähigkeit, die Forderungen auf ihren Wert und ihre Richtigkeit hin zu prüfen, dafür geht ihnen das Studium ab. Aber mehr noch, sie haben das Buch überhaupt nicht gelesen, sie schöpfen ihre Meinung und ihr Urteil aus einigen Zeitungsfetzen, die aus persönlichen Gründen tendenziös zusammengesetzt sind. Aber dennoch: Er ist des Todes schuldig!

Zur Bezeichnung eines solchen krassen Falles elender Ketzerrichterei fehlen uns die Worte. Wir können nur sagen: So etwas ist nur in der sozialdemokratischen Partei möglich.

In derselben Nummer der Sozialistischen Monatshefte sagt der Sozialist Heine, er möge keinem Genossen mehr ins Auge schauen, wenn er nicht gegen eine derartige Gesinnungstyrannei entschieden protestiere.

Der „objektive" Sozialistenführer Hue hat nach dem Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die „Aufklärung" seiner Genossen in Süddeutschland übernommen. Die Reise führte ihn auch nach Fürth, wo er den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in der üblichen Weise angegriffen hat. Sogar an die Tränendrüsen seiner Gesinnungsgenossen hat er appelliert. „Ergreifend waren seine Ausführungen", berichtete die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" (19. April 1912):

„Jeder Anwesende mochte da mit dem Redner gefühlt haben, nachdem ihnen vorher eine Vorstellung gegeben worden war von dem unglaublich brutalen Vorgehen durch Militär, Gendarmerie und Schutzleute."

Hue hat also dem Militär „unglaublich brutales Vorgehen" zum Vorwurf gemacht. Ungefähr zu gleicher Zeit erschien in Rheinland-Westfalen ein sozialdemokratisches Flugblatt über den Bergarbeiterstreik, worin es heißt:

„Die streikenden Bergleute atmeten förmlich auf, als Militär herankam, das sich durch die Hetzpresse zu Ausschreitungen nicht verleiten ließ."

Wer hat nun Recht? Hue oder das sozialdemokratische Agitationskomitee von Rheinland und Westfalen, von dem das erwähnte Flugblatt herausgegeben wurde?

Nicht zum erstenmale hat Hue erweislich unwahre Behauptungen verbreitet. Anfangs d. J. redete er in einer Versammlung in Bochum über die Reichsversicherungsordnung. Das sozialdemokratische „Volksblatt", Bochum, weiß darüber in seiner Nr. 6 vom 8. Januar 1912 zu berichten:

„Redner rechtfertigt dann ausführlich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung. Noch soeben sei ihm ein Brief von einem Unfallinvaliden aus Wanne übergeben worden, der nun schon am eigenen Leibe die Wohltaten der herrlichen Reichsversicherungsordnung zu fühlen bekomme."

Derweil waren die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung noch gar nicht in Kraft getreten. Und kein Mensch konnte ihre „Wohltaten" schon zu fühlen bekommen.

In München scheint er sich in einer Versammlung ständig als Bergarbeiter aufgespielt zu haben, denn ein Feuilleton-Artikel der sozialdemokratischen „Münchener Post" redet Hue nur mit dem „großen Bergarbeiter" an. Dabei war Hue, der „große Bergarbeiter", früher — Metallarbeiter.

Das kennzeichnet den Mann genügend.

Sozialdemokratisches Durcheinander. In den „Sozialistischen Monatsheften" (Heft 9, 9. Mai 1912) verhöhnt Genosse Schippel das „ratlose Durcheinander und Gegeneinander", das heute die Situation innerhalb der sozialdemokratischen Partei besonders kräftig kennzeichnet. Der Kampf aller gegen alle sei in vollem Schwung.

Genossin Luxemburg nennt ihren ältesten, dereinst nahestehenden Waffengefährten, Kautsky, spitzig einen Kannengießer, sie bezeichnet ihn für „allgemein entsetzlich flach", als „einen unwissenden Flachkopf". Dabei galten Luxemburg und Kautsky bislang als getreue Kampfesgenossen gegen die Reformisten und Revisionisten, sie waren die von der Masse heilig gesprochenen Hüter der sozialdemokratischen Dogmen. Da wirft Schippel ganz spöttisch die Frage auf, was denn eigentlich in der Sozialdemokratie noch als radikal gelte, wenn „der eine Wortführer immer den andern zu den verworfensten Reformisten wirft"?

Genosse Kautsky hofft auf ein „Vernünftigwerden" des bürgerlichen Liberalismus, er verteidigt das Stichwahlabkommen des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der Fortschrittspartei, das in vielen Kreisen der Wähler so heftigen Unwillen ausgelöst hat, ja, Kautsky, der allzeit klassen- und zielbewußte, der allzeit revolutionäre, verteidigt sogar ein zeitweises gemeinsames Marschieren der sozialdemokratischen und der linksliberalen Partei nach bestimmten praktischen Zielen. Nun kommt aber sein Gesinnungsgenosse Pannekoek, der das reine marxistische Wort an der Parteischule lehren und dem Parteinachwuchs überliefern soll, und sagt das direkte Gegenteil. Er verflucht das Zusammengehen mit der Linken, das gemeinsame Marschieren nach praktischen

Zielen. Nur im radikalen Klassenkampf liege der Inbegriff aller sozialdemokratischen politischen Weisheit und Wahrheit. Nur in dem, was die „Feindschaft der Gegner erweckt", liege die Werbekraft der sozialdemokratischen Partei. Rosa Luxemburg stimmt ihm zu, nur mit noch radikalerem Einschlag. Sie will die Massen zur Demonstration auf die Straße treiben.

Kautsky preist heute den Freihandel als „fortschrittliches und fortschrittförderndes politisches Prinzip". Freilich, fügt Schippel hinzu, „mit mehr Eifer und bürgerlich-liberalen Illusionen, als auf Grund handelspolitisch-theoretischer Kenntnisse und einiger Vertrautheit mit dem allerdings recht verwickelten Tatsachenstoff". Nun kommt aber Kautskys marxistischer Freund Hilferding und schreit, nichts von alledem sei wahr. Er nennt gerade den Freihandel „reaktionär, schlechtverstandenes und unentwickeltes gesellschaftliches Interesse", und „verwahrt das revolutionäre Proletariat ganz entschieden dagegen, daß es sich auf solche überlebte reaktionäre Wirtschaftspolitik jemals herunterbringen lassen könnte". Die „Leipziger Volkszeitung" stimmt jubelnd ein: „Dem kapitalistischen Schutzzollsystem stellt sie (die Sozialdemokratie) nicht das ebenso kapitalistische, aber im Laufe der Jahrzehnte schon reaktionär gewordene Freihandelssystem gegenüber." Für sie gäbe es nur eine Parole: Her mit dem Sozialismus.

Die „Gleichheit" und mit ihr eine Reihe anderer sozialdemokratischer Blätter verlangten unlängst das Entrollen der Fahne einer reinen, grundsätzlichen Klassenkampftaktik. Der Wehrvorlage der Regierung müsse die Vorlage der Sozialdemokratie auf Einführung des Milizsystems entgegengestellt werden. Abrüsten, abrüsten! hallte es wieder auf der ganzen radikalen Linie. Da kommt ihnen Kautsky mit der väterlichen Belehrung in die Quere, daß die sozialdemokratische Forderung der Miliz mit Abrüsten nichts zu tun habe, daß man sie vielmehr unter die Rubrik „Aufrüsten" bringen müsse, ja, daß sie ein förmliches Wettrüsten gar nicht unmöglich mache. Das soll selbst die engen Gesinnungsgenossen Kautskys verblüfft haben. Aber er belehrt weiter:

„Ein Milizheer braucht nicht unbedingt billiger zu sein als ein Berufsheer. Ein kleines Berufsheer kann unter Umständen weniger kosten als die Bewaffnung, Einexerzierung und Führung des gesamten wehrfähigen Teiles der Bevölkerung. Durch das Milizsystem wird auch das Wettrüsten nicht aus der Welt geschafft, wie das Beispiel der Schweiz deutlich bezeugt, deren Militärausgaben rasch steigen. Und dabei hat die Schweiz nur ein Landheer, keine Flotte. Ein Mittel zur Einschränkung der Rüstungen ist also das Milizheer nicht."

Ein Blatt hat sogar ausgerechnet, daß auch die Militärlieferanten und Panzerplattenkönige beim Milizheer sicher auf ihre Rechnung kämen. „Was sagt ihr zu solchem Abrüsten?" fragt Schippel mit beißender Ironie seinen radikalen Genossen. „Wo bleiben da eure Kulturaufgaben? Nicht billiger für den Steuerzahler? Nicht unrentabler für die Kanonen- und Panzerplattenkönige? Mit solchen Enthüllungen fängt eure „einheitlich geleitete Massenbewegung" gegen die Aufrüstung gleich an?"

Aber es kommt noch schöner. „Leipziger Volkszeitung", „Bremer Bürgerzeitung", „Bergische Arbeiterstimme" u. a., lauter sozialistische Blätter der radikalen Richtung, sagen, „daß jeder Gedanke an eine internationale Abrüstungsverständigung utopistisch" sei. Und Utopistereien hätten die Sozialdemokraten nicht zu hegen und zu pflegen. Einige Blätter haben sogar die Entdeckung gemacht, daß nur die — schrecklichen Junker eine Verständigung mit England wollen, natürlich aus rein egoistischen Gründen und gerade sie gegen eine starke Vermehrung der Flotte seien.

So gehts in der sozialdemokratischen Partei hin und her. Einer will hott, der andere will hü. Was vor kurzem noch als wahr und erstrebenswert galt, was mit allen Mitteln des revolutionären Klassenkampfes erreicht werden sollte, gilt heute als Unsinn, als Utopie, als Kinderei. Der eine Radikale schimpft den anderen Reformist. Das ist die deutsche Sozialdemokratie, die „Trägerin eines großen einheitlichen Gedankens und eines einheitlichen Wollens"! Gerade das Gegenteil ist richtig. Es ist die Partei des ratlosen Durcheinander und Gegeneinander.

Kann ein evangelischer Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören? Hierzu schreibt uns ein evangelischer Kollege: „Es ist leider wahr, daß man in den evangelischen Kreisen noch nicht allgemein eine richtige Stellung zu den christlichen Gewerkschaften gefunden hat. Die Gründe hierfür sind ja vielartig, und tiefgehend, sodaß sie in dieser kurzen Notiz nicht erörtert werden können. Tatsache ist, daß in den Organisationen und Vereinigungen evangelischer Glaubensgenossen noch viel zu wenig grundsätzliche Vorträge über die christlichen Gewerkschaften von eingeweihten Rednern gehalten werden. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß der jüngere Nachwuchs in den evangelischen Arbeitervereinen mehr von dem Gedanken der gemeinsamen Arbeit zur Erringung wirtschaftlicher Verbesserungen mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften durchdrungen ist. Der Gedanke, daß man sich mit den christlich und national gesinnten Kollegen der anderen Religion zusammentun muß, um eine Gegenwehr gegen die Sozialdemokratie zu schaffen, gewinnt immer mehr an Boden. Die evangelischen Arbeiter haben auch alle Veranlassung dazu, denn sie werden von der Sozialdemokratie doch nur verhöhnt und verspottet. Nur bei Wahlen werden sie von den Genossen umschmeichelt. Wie weit sich die Genossenblätter den evangelischen Arbeitern erkenntlich zeigen, dafür dienen nachstehende Preßerzeugnisse als Beweis. Anläßlich des letzten Kongresses der christlichen Gewerkschaften schreibt der „Vorwärts" in Nr. 170 vom 27. Juli 1910:

„Pfarrer Weber von der gescheiterten Fakultät, der den Römischen das Feld nicht gern allein lassen möchte, begrüßt sie (die christlichen Gewerkschaften. Der Einf.) im Namen seiner evangelischen Schlafmützenvereine."

Nicht genug damit. Die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung" Nr. 75 vom 25. März 1908 spricht von evangelischen Bählämmern. Dieselbe „Dortmunder Arbeiterzeitung" Nr. 175 vom 29. Juli 1910 schreibt u. a. von „Lumpenknechten", wie evangelische Arbeitervereinler sein wollen, die sich vor dem „Herrn förmlich im Staube wälzen" und frei nach Heine zu winseln scheinen:

„Wir Hunde langweilen uns auf der Straß'
Und fleh'n dich an untertänig:
„Gib uns einen Fußtritt, o Herr,
Das wird uns erfreuen und ehren nicht wenig!"

Die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung" leistet sich überhaupt öfters derartige grobe Beschimpfungen der evangelischen Arbeiter, indem häufig zu lesen ist von „Lumpenknechten und Lumpenknechtsgesinnung". Die Essener sozialdemokratische „Arbeiterzeitung" vom 11. Januar 1912 verhöhnt den Wahlaufruf des rheinisch-westfälischen Verbandes der evangelischen Arbeitervereine mit den Worten: „O die armen Schächer!" In einer späteren Nummer schreibt sie von „evangelischen Zentrums- und Zechenknechten". Der „Vorwärts" Nr. 291 vom 14. Dez. 1909 schreibt in einem Artikel: „Die evangelischen Arbeitervereine unter der Fuchtel der Nationalliberalen" u. a. wie folgt:

„Die Stöckerleute, die nicht leben und nicht sterben können, gedachten unter den Armen an Geist, die in den evangelischen Arbeitervereinen versammelt sind, ergiebige Ernte zu halten."

Möchten die „Armen an Geist" doch endlich einsehen, welcher Richtung sie sich künftig anschließen müssen, denn sonst könnten sie auch einmal einen Brief bekommen, wie ihn ein Mitglied des Alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes von seinem Zahlstellenvorstand erhalten hat, mit folgendem Wortlaut:

„An Kamerad Sch . . . .!

Teile Dir hierdurch mit, daß sich Dein Verhalten mit unserm Verbandsstatut nicht vereinbart. Eins von den beiden mußt Du meiden, entweder Du trittst vom evangelischen Arbeitervereine aus oder vom Verband, sonst muß die Zahlstelle dazu Stellung nehmen. Teile mir bis zum letzten Februar Deinen Entschluß mit.

J. A.: Emil Market.
(Verbandsstempel.)

Gelegentlich des Bergarbeiterstreikes 1912 ist nach vielen Blättermeldungen dem Vorstandsmitglied des evangelischen Arbeitervereins, Bergmann Lagemann in Asseln, sein Haus durch eine Dynamitexplosion schwer beschädigt worden, und die Täter waren streikende Bergleute. Höher können die Gemeinheiten der Genossen nicht gehen.

Evangelische Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt aus den vorstehenden wenigen Beispielen gesehen, in welcher Weise die roten „Volksvertreter" die christliche Gesinnung und Betätigung der gesamten evangelischen Bevölkerung beachten. Nicht länger dürft ihr euch diese Schandtaten der Genossen gefallen lassen. Raafft euch auf und schließt euch nur der gewerkschaftlichen Organisation an, in der eure Ueberzeugung geachtet wird und in der ihr gesichert seid gegen gemeine Beschimpfungen der evangelischen Kirche und deren Einrichtungen. H. M.

Das endgültige Resultat der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet liegt nunmehr vor. Danach hat der sozialdemokratische Verband 295 Mandate verloren, und zwar an den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 212 Mandate, an die Gelben 52 und an die Polen 31. Recht bezeichnend ist es, daß auf den Schachtanlagen, wo die Gelben eigene Kandidaten aufstellten, die sozialdemokratische Stimmenzahl gewaltig zurückging. Damit ist der Beweis erbracht, daß sich die früheren Siege des Verbandes auf die Hilfe der Gelben stützten.

Sehr interessant ist es nun, wie die Genossen die Oeffentlichkeit, besonders außerhalb des Ruhrgebiets, irrezuführen suchen, um ihre schwere Niederlage zu beschönigen. Sie behaupten nämlich, der alte Verband habe sich an den Sicherheitsmännerwahlen nicht beteiligt!! (So zu lesen in der „Fränkischen Tagespost", Nürnberg vom 3. Mai 1912.) Tatsache ist demgegenüber, daß der sozialdemokratische Verband bei dieser Wahl sehr eifrig gewesen ist. In seiner Presse sowohl, wie in Flugblättern hat er die lebhafteste Propaganda für die Wahl gemacht. Auch die Agitation der Verbändler auf den einzelnen Schachtanlagen war eine sehr intensive. Daher ist es eine Spekulation auf die Dummheit der Masse, wenn es in der genannten Notiz der sozialdemokratischen „Fränk. Tagespost" heißt, die bisher vom freien Verband innegehabten Sitze seien den Christlichen überlassen (!!) worden, weil diese von den Gelben kaum zu unterscheiden seien und sich deshalb zur Durchführung dieses „Sicherheitsmännersystems" eigneten. Es geht in diesem Falle dem sozialdemokratischen Verbande gerade so wie dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer waren. An der Tatsache ist eben nicht zu rütteln, daß der frivole Ruhrbergarbeiterstreik der Bergarbeiterschaft gründlich die Augen geöffnet hat.

Aus unserer Industrie.

Die Barmer Textilindustrie im Welthandel.

Interessante Ausführungen über die Emanzipation des Auslandes von der deutschen Textilindustrie enthält der Jahresbericht der Handelskammer zu Barmen 1911, der zunächst über den gedrückten und matten Gesamtcharakter des Barmer Erwerbslebens klagt, dann die Lage der einzelnen Industrien beleuchtet und schließlich die Ursachen für die gedrückte Lage untersucht. Die Geschäftsstille in den speziellen Barmer Industrien erklärte sich danach hauptsächlich aus der Preisbewegung der Rohstoffe, der ungünstigen Damenmode und dem mangelnden Vertrauen in die Erhaltung des Weltfriedens, verbunden mit den tatsächlichen Störungen infolge der ausländischen Unruhen. Nach einem Hinweis auf die immer noch bestehenden störenden Zollverhältnisse für englisches hartes Kammgarn aus Glanzwolle und für das sogenannte Genappegarn, sagt der Bericht wörtlich:

„Die Berechtigung der Schutzzollpolitik an sich ist an dieser Stelle nicht zu erörtern — aber es ist eine Karikatur dieser Politik, wenn, wie es den Anschein hat, allmählich der „Schutz" auch auf solche Garne ausgedehnt werden soll, welche nachweislich, trotz aller Versuche, in Deutschland niemals in der erforderlichen Qualität gesponnen werden können, also keines Schutzes bedürfen."

Die Barmer Textilindustrie wird ferner benachteiligt durch steigende Inlandskonkurrenz, die bedingt ist durch Absatz-Beschränkung im Auslande. Die schon seit Jahren beobachtete Emanzipation des Auslandes von unserer Textilindustrie macht weitere Fortschritte. Die große deutsche Maschinenausfuhr, so erfreulich ihre Resultate für die Beteiligten auch sind, muß naturnotwendig diesen Prozeß beschleunigen, indem sie dem Auslande die hier langsam, mit größten Opfern entwickelte Technik mühelos und auf billige Weise zugänglich macht, zumal diesen Maschinen in der Regel auch die Meister und Arbeiter zu folgen pflegen, die zur Bedienung notwendig sind. Während man früher die Länder hervorzuholen pflegte, die anfingen, sich selbst zu versorgen, müßte man jetzt umgekehrt nach denen suchen, die noch nicht eine eigene Textilindustrie haben und durch Schutzzölle künstlich hochhalten.

Oesterreich-Ungarn scheint den Emanzipationsprozeß am raschesten durchzumachen und versperrt sich unserer Ausfuhr immer mehr. Nicht viel besser steht es mit den Vereinigten Staaten und Frankreich, welch letzteres gegen Ende 1911 durch Androhung einer wohl speziell gegen Deutschland gerichteten Taraordnung die ohnehin schon hohen Mauern seines Zolltarifs noch zu erhöhen trachtete. Wenn es glücklicherweise den energischen Bemühungen der deutschen Regierung auch gelungen ist, Frankreich zu einem Einlenken zu bewegen, so hat schon die drohende Maßnahme sehr hemmend auf den Abschluß neuer Geschäfte hingewirkt.

Ueberhaupt mache man gerade seit 1906 immer mehr die Erfahrung, daß das Ausland die Lücken, welche die neuen Zolltarife und Handelsverträge für unsere Ausfuhr noch gelassen haben, durch „Auslegungen", Tarabestimmungen, Ergänzungen im Warenverzeichnis zum Zolltarif und durch Schikanen der unteren Zollämter mit Fleiß auszufüllen sucht, und wenn es durch den Beschwerdeweg bis zur höchsten Instanz mitunter auch gelingt, formell sein Recht zu bekommen, so ist doch oft genug die Geschäftsverbindung mit dem ausländischen Abnehmer durch solche Schwierigkeiten erst einmal gründlich gestört und damit der „Zweck" erreicht.

Der Geschäftsgang in der Tuchindustrie

war nach einem Berichte der K. Z. von Anfang Mai im Monat April befriedigend. Infolge der jetzt herrschenden Witterung hat sich die Nachfrage nach Sommerstoffen recht rege gestaltet. Die Uebergangszeit, die gewöhnlich schleppenden Geschäftsgang zur Folge hat, macht sich in dieser Saison weniger fühlbar, da infolge der herrschenden Mode augenblicklich nach dunkelgrauen (Marengo) Rockstoffen und dazu passenden Kammgarnhosen starke Nachfrage besteht. Die Tuchfabrikanten, die Neuheiten herstellen, sind jetzt mit der Musterei für die nächste Sommerkollektion, die im Juni zur Vorlage gelangt, eifrig beschäftigt. Bunte Melangen werden in der Musterei stark verwandt, und von kleinen Dessinierungen in Streifen und Karos verspricht man sich in Kammgarnware in erster Linie Erfolg; Seiden finden als Effektfäden viel Verwendung. In Cheviots werden größere Musterungen gebracht werden, sie entsprechen besser dem Charakter dieser Ware. Für den Sommer werden übrigens Cheviots durch Kammgarn- und Streichgarn-Artikel größtenteils wieder verdrängt werden.

Während die deutschen Fabrikanten für die Musterei wenig Unterstützung bei ihren Kunden finden, sind die englischen Fabrikanten darin besser gestellt. Tuchgroßhändler verschiedener Länder, wobei natürlich nur die in Betracht kommen, die in der Hauptsache englische und schottische Erzeugnisse führen, gehen zur Wahl ihrer Muster nach London. Bei den ersten Besuchen haben die Fabrikanten gewöhnlich wenig zu bieten; die brauchbaren Muster entstehen zum größten Teil erst durch die Ausführungen der Ideen, die die wiederholten Besprechungen der Großhändler mit den Fabrikanten hervorgerufen haben. Dem englischen Fabrikanten wird auch zugebilligt, daß er kleine Muster, sogen. Schablonen, vorlegt; er fertigt dann erst auf Bestellung die großen Muster für die Kunden an. Von den deutschen Fabrikanten wird mit geringen Ausnahmen verlangt, daß sie große Muster den Kunden sofort nach Vorlage der Kollektion liefern; die Kosten sind natürlich so bedeutend höher als bei der Art und Weise, wie sie von den Engländern gehandhabt wird.

Der Verlauf der Londoner Wollversteigerungen entspricht den Erwartungen, die in Fachkreisen schon vor Beginn der Versteigerung an sie geknüpft wurden. Die kammfähigen Wollen haben eine Erhöhung von 5—7½% gegen die Schlußpreise der vorausgegangenen Versteigerung erfahren, die sonstigen Beschaffenheiten im allgemeinen den alten Wertstand behauptet. Die Kammgarnspinnereien sind noch immer gut beschäftigt, die Preise anhaltend fest. Die Lieferzeit für wollfarbige Garne schwankt bei den verschiedenen Spinnereien zwischen 6 und 12 Wochen, für gangbare Nummern von weißen Garnen werden kürzere Lieferzeiten verlangt. Da die Tuchfabrikanten bei den bunten, schwierig herzustellenden Melangen auf bestimmte Spinner angewiesen sind, treten oft durch lange Lieferfristen unangenehme Verzögerungen ein. Die Streichgarnspinner haben auch seit längerer Zeit gute Beschäftigung. Die Mode ist in diesem Herstellungszweig recht günstig; besonders für Winterstoffe werden Streichgarne viel verwandt.

Japanische Konkurrenz auf dem deutschen Textilmarkt.

Die Handelskammer in Chemnitz berichtet an die Tageszeitungen: „Der Handelskammer in Chemnitz liegt eine Anzahl Strumpfqualitäten japanischen Ursprungs vor, mit denen Japan neuerdings der sächsischen Strumpfindustrie in deren bisherigen Absatzgebieten einen lebhaften Wettbewerb bereitet. Infolge der außerordentlich billigen Arbeitskräfte, die der japanischen Industrie zur Verfügung stehen, ist es ihr möglich, Produkte auf den Markt zu bringen, denen unsre Industrie in bezug auf ihre billigen Preise nicht standzuhalten vermag. So vermochte Japan der heimischen Strumpfbranche bereits den ägyptischen, australischen, syrischen und türkischen Markt streitig zu machen! Zu welchen billigen Preisen Japan Strumpfwaren auf den Markt bringt, mag die Tatsache beweisen, daß die der Handelskammer zur Verfügung gestellten, zirka 500 Gramm schweren, aus Rohgarn gearbeiteten Ringelsocken, die bisher von Deutschland aus in großen Quantitäten nach dem Orient geliefert wurden, jetzt von Japan aus franko Levante-Hafen mit 2½ Proz. Skonto in ½-Dutzend-Kartons zum Preise von 1,80 Mk, Frauenstrümpfe unter den gleichen Bedingungen zu 2,25 Mk. verkauft werden. Es ist dies ein Preis, zu dem unsre heimische Industrie diese Erzeugnisse kaum nadelfertig zu liefern vermag, ohne irgendwelche Betriebs- und Geschäftsspesen in Rechnung zu ziehen. Wenngleich auch das Rohmaterial, das die japanische Industrie zu ihren Erzeugnissen verwendet, nicht mit dem unsrigen zu vergleichen ist, so muß anderseits in Betracht gezogen werden, daß gerade bei den in Frage stehenden Abnehmern nicht die Qualität, sondern lediglich der Preis ausschlaggebend ist. Im übrigen dürfte aber außerdem die Gefahr naheliegen, daß Japan in nicht allzu ferner Zeit seine Fabrikation auf bessere Qualitäten ausdehnt."

Die Wichtigkeit guter Luftbefeuchtung für die Textilindustrie.

Eine geeignete Luftbefeuchtung ist für alle Betriebe (Spinnereien und Webereien), in denen Pflanzenfasern oder tierische Fasern zur Verarbeitung gelangen, zu empfehlen. Der Feuchtigkeitsgehalt der Luft soll betragen:

für Baumwolle: gewöhnliche Stühle	70—80%
für Baumwolle: Northrop-Stühle	80—90%
für Leinen: gewöhnliche Stühle	80—85%
für Leinen: Jacquard-Stühle	75—85%
für Jute	70—80%
für Seide	75—85%
für Wolle	70—80%
für Ramie	80—90%

Eine Produktionszunahme von 2—3% kann immerhin angenommen werden. In heißen Gegenden lassen sich sogar 5—6% erreichen. Dort hat man sonst immer mit sprödem Material zu rechnen.

Die in feuchter Luft hergestellte Ware hat ein wesentlich schöneres Aussehen, als die in trockenen Arbeitsräumen gewebte. Sie ist glänzender, weicher und voller. Von einer Luftbefeuchtung durch Dampf (sei es direkter oder Abgangsdampf) ist, so antwortet G. Lehmann auf eine Anfrage in der „Berlin.-Ztg.", entschieden abzuraten. Diese ist der Gesundheit der Arbeiter sehr nachteilig und fördert das Rosten der Maschinen. Ebenso ist aus hygienischen Gründen von einer Luftbefeuchtung, die nur die vorhandene Raumluft befeuchtet, abzuraten.

Man wähle eine solche Anlage, durch die frische Luft, mit dem notwendigen Wassergehalt gesättigt, den Arbeitsräumen zugeführt wird. Ferner muß die Temperatur der zugeführten feuchten Luft derart geregelt sein, daß sie von den Arbeitern gut vertragen wird. Die schlechte Luft ist in geeigneter Weise abzusaugen. Zugluft muß im Interesse der Arbeiter auf jeden Fall vermieden werden.

Gute Luft bewirkt nicht allein eine Erhöhung der Produktion durch besseres Laufen der Ketten, sondern die Arbeiterschaft fühlt sich in gut ventilierten Räumen mit angefeuchteter Luft frischer und ist daher auch bedeutend leistungsfähiger.

Ersatz für Jute.

„Vor einer Zeit wurde berichtet, daß dem deutschen Jute-Großgewerbe Wettbewerb zu erwachsen drohe, und zwar durch Verwendung eines Ersatzstoffes, dessen Herstellung in den Händen einer außerordentlich starken Geldgruppe liegt. Wie wir hören, handelt es sich um die Verwendung eines belgischen Patents, welches von einer Gruppe angekauft worden ist, welcher der Fürst v. Pleß, Fürst Henckel v. Donnersmarck und Fritz Friedländer-Fuld angehören. Das Patent bezieht sich auf ein Verfahren, Baumwollabfälle auf Papierstoff zu „fixieren". Der so mit Baumwollabfällen an seiner Oberfläche verbundene Papierstoff wird sodann verwebt und besitzt genügende Festigkeit. Eine in Sachsen bereits bestehende Fabrik stellt auf diese Weise Gewebe zu Bespannung von Wänden usw. her; anscheinend ist von dieser auch die Verwendung von Säcken usw. ausprobiert worden.

Auf Grund angeblich ausgezeichnet ausgefallener Versuche hat auch schon die Oppelner Textilose GmbH. in Oppeln eine Fabrik errichtet, welche mit 150 Webstühlen am 1. April d. J. in Betrieb gekommen sein soll und bereits auf eine Verdoppelung eingerichtet ist. Wie man mitteilt, haben die aus jenem Stoff hergestellten Säcke mindestens ebenso große Festigkeit, wie diejenigen aus Jute, und lassen dabei weniger Staub durch, da die bei der Appretur ineinander verwickelten Baumwollteile sich sofort durch den Zementstaub versacken. Der Preis soll um etwa 20 Prozent unter dem der Jute-Erzeugnisse gehalten werden, wobei unter heutigen Verhältnissen ein Gewinn von etwa 100 Prozent verbleiben soll, so daß auch bei wesentlich gesunkenen Rohjutepreisen die Unterbietung ohne Gefahr möglich sei. Ob sich diese vorteilhafte Beurteilung des neuen Stoffes bewähren wird, ist freilich abzuwarten; jedenfalls dürfte das Vorgehen der dabei Beteiligten eine dringende Warnung gegen die voreilige Gründung von neuen Jute-Spinnereien und -Webereien sein, wie dieselben, anscheinend in Unkenntnis der Verhältnisse, infolge der scheinbar so sehr günstigen Aussichten der Verarbeitung von Jute in der neuesten Zeit beabsichtigt wird."

So ein Bericht in der K.-V. Wir sind der Auffassung, daß es sich hier um große Uebertreibungen des Jutekartells handelt, das solche Nachrichten im wohlverstandenen Interesse seiner Mitglieder und seines eigenen Bestandes in die Welt setzt. Dem Kartell ist die Gründung neuer Fabriken, die ihm nicht angehören, natürlich sehr unbequem.

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung, Ortsgruppenkassierer!

Der Inhaber des Mitgliedsbuches Stamm-Nr. 32566 befindet sich auf der Reise und zog bei mehreren Ortsgruppenkassierern in Süddeutschland unberechtigterweise Arbeitslosenunterstützung ein, nachdem er seine Reiseunterstützung bereits ganz ausbezogen hat.

Dem Inhaber des Buches ist darum keine Unterstützung mehr auszubezahlen. Wenn er bei einem Kassierer vorspricht, möge dieser das Buch einziehen und der Zentralstelle zuschicken.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß keine Ortsgruppe das Recht hat, den auf der Reise befindlichen Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung auszubezahlen. Die Auszahlung darf nur auf Anweisung der Zentralstelle erfolgen.

Zur gefl. Beachtung.

Die Kranken- und Arbeitslosen-Abmeldekarten werden vielfach noch bis zum Quartalsschlusse zurückbehalten und erst dann mit der Abrechnung eingesandt.

Wir richten deshalb an alle Ortsgruppenvorstände die dringende Bitte, diese Abmeldekarten regelmäßig nach

Ablauf der Unterstützungen

den laufenden Sendungen an die Zentralstelle beizufügen.

Mit kollegialem Gruß!

Die Zentralstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Euskirchen.

Die Firma Theodor Rövenich, Militärtuchfabrik, hat vor einiger Zeit den Versuch gemacht, das Doppelstuhlsystem einzuführen. Sie hat bis jetzt drei Doppelstuhlpaare im Betrieb. Die Firma ist nicht Mitglied der Preiskonvention der hiesigen Militärtuchfabrikanten, und es klagen letztere über die Preisunterbietungen dieser Firma bei Vergebung von Aufträgen.

Einige Euskirchener Fabrikanten erklärten nun letzthin ihren Arbeitern, wenn das Zweistuhlsystem bei der Firma Rövenich nicht abgeschafft würde, sie es aus Konkurrenzgründen ebenfalls einführen müßten. In einigen Belegschaftsversammlungen wurde zu der Angelegenheit Stellung genommen und beschlossen, daß die Verbandsvertreter bei der Firma vorstellig werden sollten, um den Versuch zu machen, die Firma zu veranlassen, die Bedienung von zwei Stühlen einzustellen. Die Verbandsvertreter wurden bei ihrem Vorsprechen bei der Firma am 11. d. M. schroff abgewiesen. Herr Rövenich erklärte, er lasse sich keine Vorschriften über seinen Betrieb machen. Da er 30 Pfg. pro Meter billiger liefere als die übrigen Fabrikanten, bedürfe er des Zweistuhlsystems. Er habe keine Arbeiter gezwungen, den Doppelstuhl zu bedienen, wer sich jedoch weigere, der müsse entlassen werden, weil er dann keine Arbeit habe.

Das Vorgehen der Firma ist sehr bezeichnend. Von Arbeiten, welche auf dem Einstuhl mit 12½ Pfg. pro 1000 Schuß bezahlt werden müssen, zahlt die Firma auf dem Doppelstuhl 7½ Pfg. Die Weber erhalten also für die Bedienung des zweiten Stuhles ganze 2½ Pfg. mehr. Den größten Nutzen hat die Firma. Dieser Nutzen ist größer als der Unterschied in ihrem und dem Verkaufspreise der anderen Firmen.

Also, weil Herr Rövenich pro Meter 30 Pfg. billiger verkauft als die übrigen Fabrikanten, sollen seine Arbeiter den Doppelstuhl bedienen, zum Schaden ihrer selbst und der ganzen Militärtuchbranche.

Da die Firma sich auf keine Verhandlungen einlassen wollte, beschlossen die 13 Weber, im Einverständnis mit den Organisationsleitungen, in einer Mittagsversammlung am 11. d. M., schriftlich die Kündigung einzureichen. Herr Rövenich wies dieselbe zurück, worauf die Arbeiter einzeln mündlich ihre Kündigung aussprachen. Herr Rövenich hörte sie jedoch nicht an, sondern rief den Arbeitern zu, sie sollten machen, daß sie hinauskämen. Die Arbeiter versuchten nochmals in Güte, sich zu verständigen, indem sie zwei aus ihrer Mitte zu Herrn Rövenich sandten. Aber auch diese wurden barsch abgewiesen. Hierauf verließen die Arbeiter den Betrieb.

Die volle Verantwortung für die scharfe Wendung in dieser Streitfrage trägt die Firma allein, infolge ihres Verhaltens gegen die Arbeiter. Die gesamte Arbeiterschaft Euskirchens und weitere Bürgerkreise stehen vollständig auf der Seite der Arbeiter.

Mülhausen Els.

In der Weberei Kullmann, Köchlinstraße, scheinen zur Zeit außerordentlich schlechte Verhältnisse vorzuliegen. Es wird da den Arbeitern ein Material geliefert, das teilweise beinahe gar nicht zu verarbeiten ist. Wer mit diesem Material „beglückt" wird, dem ist es ganz unmöglich, auf einen auch nur einigermaßen anständigen Lohn zu kommen, weil diese Artikel sowieso schon zu den am schlechtest bezahlten gehören. Der Herr Direktor O. lehnt es aber entschieden ab, eine Erhöhung des Lohnsatzes auf diese Artikel eintreten zu lassen, mit der Begründung: „Diese Artikel zahlen gut; was jetzt dafür bezahlt werde, sei schon vor 10 Jahren dafür bezahlt worden." Bei diesen teuren Zeiten ist dies umso mehr zu bedauern. Einen derart unsozialen Standpunkt sollte man überhaupt nicht für möglich halten. Man bedenke! Seit 10 Jahren bezahlt die Firma Kullmann immer denselben Lohn; die Lebensmittelpreise, Wohnungsmiete, überhaupt die Ausgaben für die ganze Lebenshaltung, sind aber während dieser Zeit beständig und zwar in nicht allzu knappen Sprüngen, gestiegen. Daß es da einem Familienvater ganz und gar unmöglich gemacht ist, mit seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein zu fristen, scheint der Herr Direktor nicht zu begreifen. Ohne dem Herrn persönlich nahe treten zu wollen, möchten wir ihm doch einmal angelegentlichst empfehlen, versuchsweise mit dem Lohne eines Arbeiters zu wirtschaften. Wir sind sicher, er würde seine bisherige Ansicht schleunigst einer Revision unterziehen. Wir meinen, gerade der Umstand, daß die Firma Kullmann bereits seit 10 Jahren den gleichen Lohn zahlt, sollte für dieselbe bestimmend sein, endlich einmal an eine Erhöhung desselben zu denken.

Ebenso sehr läßt die Behandlung der Arbeiter seitens des obengenannten Herrn Direktors sehr viel zu wünschen übrig. Besonders die christlich organisierten Arbeiter, denen das Schönreden nach oben nicht geht, werden auf alle mögliche Art und Weise schikaniert und gegenüber anderen zurückgesetzt. So ließ man einen Arbeiter, der bereits seit über 10 Jahren seine Kräfte dem Betriebe geopfert hat und es nicht mehr länger ertragen konnte, fortwährend zurückgesetzt zu werden, kalt gehen. Wir meinen, es liegt doch auch im Interesse der Firma, einen festen Arbeiterstand sich zu erhalten, wie er früher vorhanden war. In letzter Zeit geht es nämlich in diesem Betriebe wie in einem Taubenschlage zu. Während man vor Jahren Glück haben mußte, in der Weberei Köchlinstraße Arbeit zu bekommen, stehen gegenwärtig von insgesamt nicht einmal ganz 400 Stühlen etwa 50 bis 60, weil die Arbeiter infolge der schlechten Verhältnisse sich nicht zu halten vermögen. Wir bezweifeln, daß Herr Kullmann von diesen Zuständen in seinem Betriebe Kenntnis hat und möchten ihm raten, hier einmal nach dem Rechten zu sehen.

Den Arbeitern aber rufen wir zu: Erkennet endlich einmal das Unwürdige Eurer Lage und sucht dieselbe zu verbessern, indem Ihr Euch allesamt dem christlichen Textilarbeiterverbande anschließet.

Rheydt.

Der Streik bei der Firma Herz und Stern währt nun schon in der 5. Woche. Die Firma hofft anscheinend noch immer, die Arbeiter würden ganz nachgeben. In diesem Gedanken wird man bestärkt, weil sie das Königliche Gewerbegericht in M.-Gladbach, welches die Arbeiter als Einigungsamt angerufen hatten, abgelehnt hat. Während der Zeit, als das Gewerbegericht sich bemühte, die Firma zu einer Verhandlung zu veranlassen, ging der Verband der Webereibesitzer von Rheydt und Umgegend dazu über, folgende Entschließung zu fassen.

„Der „Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie" zu Berlin-Aachen hat den von seinem Mitgliede, dem „Verband von Webereibesitzern in Rheydt und Umgegend" erstatteten Bericht über die Forderungen der im Verband christlicher Textilarbeiter organisierten Arbeiterschaft der Firma Herz u. Stern zur Kenntnis genommen. Er erklärt seine volle Zustimmung zu den vom Arbeitgeberverband der Webereibesitzer in Rheydt getroffenen Maßnahmen, erachtet die Arbeitseinstellung der christlich organisierten Arbeiter der genannten Firma als nicht berechtigt und stellt demgemäß seinen vollen organisatorischen und finanziellen Schutz bis zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes zur Verfügung.

Eine entsprechende Bekanntmachung wurde am nächsten Tage in allen, dem Verbande angeschlossenen Betrieben ausgehängt. Anscheinend sollte dieses Vorgehen einen Druck auf die Arbeiter ausüben, und diese veranlassen, auf die

Streikenden zugunsten der Firma einzuwirken. Dieses Mittel hat aber den gewünschten Erfolg nicht gezeitigt. Die Arbeiter sind von der Ansicht durchdrungen, daß bei der Firma Herz u. Stern um eine gerechte Sache gekämpft wird.

Die Unternehmer haben bereits begonnen, ihre Ankündigung in die Tat umzusetzen. In einigen Betrieben ist unsern Mitgliedern gekündigt worden. Die Aussperrung soll durchgeführt werden.

Eines muß bei dieser Bewegung wieder auffallen. Verschiedene der Verbandsfirmen zahlen bedeutend höhere Akkordlöhne als die Firma Herz u. Stern. Sie gehen jetzt dazu über, zugunsten ihrer Konkurrenz die Arbeiter auszusperren, sie ziehen mithin selbst ihre Konkurrenz groß. Gegen den Zusammenschluß der Unternehmer haben wir nichts einzuwenden, möge der Verband aber dafür sorgen, daß bei denjenigen Firmen, die mit ihren Lohnsätzen hinter anderen zurückstehen, eine entsprechende Aufbesserung herbeigeführt wird.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnen-Konferenz des badischen Bezirkes.

Am Sonntag, 28. April, fand im „Klarahof" in Basel eine Arbeiterinnen-Konferenz statt, die zweckmäßigkeitshalber zusammen mit unserer ordentlichen Frühjahrskonferenz abgehalten wurde. Nur Kolleginnen waren als Delegierte anwesend und außerdem noch von jeder Ortsgruppe der Vorsitzende; insgesamt waren 60 Arbeiterinnen und Kollegen zugegen. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Lahr, Todtnau, Volkertshausen und Radolfzell, die teils der Entfernung und Kosten halber keine Delegierten schickten.

Bezirksleiter Kollege Rümmele hielt einen instruktiven Vortrag über: „Die gewerkschaftliche Lage". Die Verbandssekretärin Kollegin Fanny Harder von Düsseldorf behandelte „die gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung in Deutschland". Nach einer anregenden Diskussion nahm die Konferenz folgende Resolution einstimmig an:

„Die Konferenz beschließt im Anschluß an das Referat der Verbandssekretärin Harder: 1. in allen Ortsgruppen des badischen Bezirkes ist demnächst eine Hausagitation zur Gewinnung weiterer Arbeiterinnen durchzuführen, eventuell besondere Kommissionen zu diesem Zwecke zu bilden; 2. vertritt die Konferenz den Standpunkt, daß alle der Organisation angehörenden Arbeiterinnen die ihnen seitens der Organisation zur Verfügung stehenden Bildungsmittel anwenden, um sich in geistiger Beziehung vorwärts zu bilden; 3. sollen es sich die Arbeiterinnen angelegen sein lassen, den Beitritt zu den vorhandenen konfessionellen Arbeiterinnenvereinen zu vollziehen und in diesen Vereinen auch dafür zu sorgen, daß alle organisationsfähigen Arbeiterinnen den christlichen Gewerkschaften beitreten."

Mit Genugtuung muß noch festgestellt werden, daß unser Textilarbeiterverband in Baden sich im Vorwärtsbewegen befindet und bei einigermaßen angestrengter Agitationsarbeit das zweite Tausend seiner Mitglieder bald voll haben wird.

Auf der nächsten Konferenz im Herbst müssen die Ortsgruppen darüber berichten, inwieweit die Beschlüsse auch durchgeführt worden sind. Deshalb überall an die Arbeit!

Aus der Oberlausitz.

Wenn alle die unwahren und entstellten Berichte, welche in den letzten Wochen über die christlich-nationale Arbeiterbewegung bis in die entlegensten Dörfer unseres Vaterlandes gedrungen sind, der Wahrheit entsprächen, läge unsere Bewegung wirklich in den letzten Zügen. Selbst über das zukünftige Schicksal der christlichen Gewerkschaften wurden allerlei Gerüchte in Umlauf gesetzt. An „Propheten" mangelt es in den Reihen unserer Gegner nicht. Wenn man die Taten dieser Leute etwas verfolgt, merkt man auch die faustdicken Widersprüche. Einige politische Tageszeitungen betrachten es als ihre Aufgabe, alle sensationellen Berichte über unsere Bewegung zu verbreiten. Ihre Tätigkeit hat unsere Bewegung bisher nicht aufhalten können und wird auch in Zukunft dazu nicht imstande sein.

Einige Vorkommnisse innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Oberlausitz veranlassen uns, zur Feder zu greifen. Die hiesige Arbeiterschaft lebt in so traurigen Verhältnissen, daß sie sich den Luxus eines Bruderkampfes nach Möglichkeit ersparen und sich mit den vorhandenen Tatsachen abfinden soll. An Arbeit für alle gewerkschaftlichen Organisationen, welche ehrlich bestrebt sind, die Lage des Arbeiterstandes zu heben, mangelt es doch nicht. Schon die Tatsache, daß erst 10 Prozent der Textilarbeiter in der Oberlausitz gewerkschaftlich organisiert sind, wird als Beweis genügen. Bei einem solchen Kampfe wären die sozialrückständigen Arbeitgeber, welche jede selbständige Arbeiterbewegung bekämpfen, und die mit ihnen verbündeten Gelben, welche sich auch in der Oberlausitz fest eingenistet haben, die lachenden Dritten. Letztere werden nur durch praktische, zielbewußte Gewerkschaftsarbeit zur Einsicht gebracht werden können. Von diesen und anderen Motiven geleitet, haben wir uns nach Möglichkeit dem Kampfplatz ferngehalten. An unserer ehrlichen Absicht, an die Verbesserung der Lebenslage der Lausitzer Textilarbeiter mitzuarbeiten, kann von jedem, der unsere Tätigkeit verfolgt hat und die Frage ohne Voreingenommenheit beurteilt, nicht mehr gezweifelt werden. Meinungsverschiedenheiten über taktische und grundsätzliche Fragen werden dabei nie verschwinden. Unsere Selbständigkeit und unsere Grundsätze werden wir nicht preisgeben.

Der Bericht von der Gauversammlung des „deutschen" Verbandes zu Neugersdorf enthält aber einige Zeilen, die wir nicht ohne Widerspruch hinnehmen können. Es heißt da u. a.: „Nachdem Bunzel-Ostritz noch die dortigen Verhältnisse und den Terrorismus der Christlichen beleuchtet hatte usw." Man denke: Im roten Sachsen, Terrorismus der Christlichen!! Immer noch dieselben Christlichen, denen man schon vor sieben Jahren in der Oberlausitz zugerufen: „Wir werden dafür sorgen, daß hier die Christlichen nie hochkommen werden", die man während dieser Zeit, besonders in den ersten Jahren, schon so häufig „verspeist", die jeden Tag im Sterben liegen und denen man schon so häufig das Ende prophezeit hat. Am 8. Januar 1912 ruft die Z. V.-Z. in ihrer Nr. 5 freudestrahlend aus: „Das Schicksal der christlichen Gewerkschaften besiegelt." Drei Monate später beschwert man sich im „roten" Sachsen noch über den Terrorismus derselben Christlichen. Wir wollen uns mit den Worten des Genossen Bunzel weiter nicht beschäftigen. Das Urteil überlassen wir gern der vernünftig denkenden Ostritzer Arbeiterschaft.

In dem Bericht heißt es dann weiter: Fritsch-Reichenau:

„Er unterschreibe, was in bezug auf die Christlichen gesagt worden sei. Wenn man gesehen habe, daß die christlichen Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiterschaft und deren Interessen auftraten, so könne man es nur begrüßen, wenn die christlichen Gewerkschaften so viel als möglich ausgemerzt würden."

Für diese Ausführungen sind wir Genossen Fritsch dankbar. Ein so gutes Agitationsmittel, um die noch fernstehenden christlich-national gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen unter unserer Fahne zu sammeln, haben wir nicht immer. Hoffentlich machen unsere Lausitzer Kollegen recht viel Gebrauch davon.

Wir wissen nicht, ob sich in Zukunft die Wünsche des Genossen Fritsch erfüllen werden. Deshalb wollen wir heute keine weiteren Worte darüber verlieren. Ob damit Arbeiterinteressen gedient wurde, wagen wir zu bezweifeln. Jedenfalls glaubt doch Genosse Fritsch selbst nicht an eine Monopolstellung. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln würden wir uns dagegen wehren. Wenn aber Genosse Fritsch eine Kampfesnatur ist (was wir jedoch nicht annehmen), so hat er in Reichenau Gelegenheit genug. Die dortigen gelben Gewerkschaften sind doch keine Zierde der Reichenauer Arbeiterschaft.

Unsere Erfolge schreibt man verschiedenen Umständen zu. In einigen Orten sollen es Religionsverhältnisse, in anderen Orten „gedrückte" örtliche Verhältnisse sein. Was ersteres anbetrifft, so können wir sagen, daß Religionsverhältnisse bei unserer Entwicklung nicht maßgebend sind. Diese Vorurteile sind längst verschwunden. Die alten Märchen sind längst von der Arbeiterschaft, wie auch von anderen Schichten der Bevölkerung als Märchen erkannt worden. Sie stecken nur noch vereinzelt in einer Aktenmappe eines kleinen Agitators. Unsere Erfolge verdanken wir einzig und allein unseren gesunden Prinzipien und unserer praktischen Arbeit.

Nach dem Bericht der Z. V.-Z. zu urteilen, hat man sich auf der vorgenannten Tagung viel mit uns beschäftigt. Wir sind darüber gar nicht ungehalten. Wenn man dabei ohne Voreingenommenheit handelt, kann es sogar etwas Gutes haben. Dann wird man zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß wir doch bessere Menschen sind, als man uns häufig hinzustellen sucht. Nur wenn man den Gegner kennt und versteht und dann dessen Ueberzeugung auch praktisch respektiert, wird ein gemeinsames Handeln im Interesse des Arbeiterstandes möglich sein. Das hat die Vergangenheit längst bewiesen. Wir verargen es keinem Menschen, wenn er seine Ueberzeugung öffentlich vertritt. Sobald aber gemeinsames Handeln notwendig ist, soll man die Arbeiterschaft nicht durch das Hineintragen gewerkschaftsfremder Ideen und Meinungen auseinanderreißen. Nicht alle Arbeiter sind von diesen Ideen durchdrungen. Die Arbeit wird dadurch erschwert. Charakteristisch ist aber, daß wir in dem ganzen Bericht kein Wort über die „Gelben" finden, welche in den Domänen des „deutschen" Verbandes wie Neugersdorf, Zittau, Reichenau usw. sehr stark vertreten sind. Ob die wohl die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung fördern?

Unsere Kollegen und Kolleginnen in der Oberlausitz bitten wir jedoch, sich auch in Zukunft durch nichts beirren zu lassen. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die falschen Berichte und „Weissagungen" vor der Wirklichkeit elendig zusammenbrechen müssen. Wenn es jedoch gilt, berechtigte Arbeiterinteressen zu vertreten, werden wir nicht zurückstehen. Auch in taktischen Fragen werden wir mit uns reden lassen. Ohne Fanatismus, aber mit desto besserem Nachdruck und Entschlossenheit, wollen wir unser Ziel zu erreichen suchen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. „Ich trete aus — es wird ja doch nichts gemacht!" Diese und noch andere recht gedankenlose Bemerkungen wurden hier einmal von wenig nachdenklichen Arbeitern gemacht, die in der Hauptsache nur wegen materieller Vorteile sich unserm Verbande angeschlossen hatten. Es waren Ueberkluge, die nur ernten, aber nicht säen wollten. Schon nach kurzer Organisationszugehörigkeit unterbreiteten sie der Verbandsleitung ihre zum Teil ganz unerfüllbaren Wünsche. Dabei konnte man wahrnehmen, wie diejenigen, die zu allerletzt den Weg zur Gewerkschaft gefunden hatten, am anspruchvollsten waren und an die Organisation Anforderungen stellten, die diese zu jener Zeit schon allein mit Rücksicht auf die überaus ungünstige Geschäftslage in den in Frage kommenden Textilbetrieben zu entsprechen nicht in der Lage war. Manche, die sehr gescheit sein wollten, hielten nichts von der Versicherung der Verbandsführer, daß die Geschäftslage die denkbar ungünstigste sei, um den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entsprechenden Nachdruck verleihen zu können. Das Urteil unverantwortlicher Hetzer und indifferenter Unorganisierter galt für sie weit mehr. Und doch hätten sie sich nur ein klein wenig umzuschauen brauchen, um sofort erkennen zu können, daß in der Textilindustrie in den allermeisten Betrieben infolge Mangels an Aufträgen die Produktion erheblich eingeschränkt werden mußte, was Arbeiterentlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit usw. sowie in den Webereien noch weiter zur Folge hatte, daß man den Arbeitern und Arbeiterinnen statt 3 und 4 Stühle nur mehr 1 und 2 Stühle zur Bedienung gab. Bei vielen Arbeitern ist ja die bessere Erkenntnis noch gekommen, leider als es zu spät war und sie schon einige Zeit wieder dem Heere der Indifferenten angehörten. Einige früher einmal, allerdings nur für ganz kurze Zeit, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben noch in den letzten Tagen dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber bemerkt:

„Als wir unverantwortlichen Schreiern und indifferenten rückständigen Elementen mehr Glauben schenkten, als den erfahrenen Organisationsführern, haben wir uns und unsere eigenen Interessen schwer geschädigt. Wären wir dem Beispiel einer großen Anzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gefolgt und dem Verbande treu geblieben, dann könnte jetzt von der Arbeiterschaft die gegenwärtig sehr günstige Geschäftslage ausgenutzt werden und manche berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft müßten jetzt von den Unternehmern, dem Drucke einer gut organisierten Arbeiterschaft nachgebend, erfüllt werden."

Damit hätte sich nun zum Teil das schon erfüllt, was von den Leitern unseres Verbandes seiner Zeit der Arbeiterschaft vorausgesagt wurde, daß nämlich eine Zeit kommen würde, wo sehr viele Arbeiter ihren Austritt aus der Gewerkschaft schwer bereuen würden. Die Organisationsleitung durfte im Interesse der Arbeiter und schon allein aus dem vorhin angeführten Grunde im vorigen und vorvorigen Jahre nicht ihre Einwilligung zu einem Streik geben. Die von den Aufsichtsratsvorsitzenden der größten Textilbetriebe am Orte erstatteten Geschäftsberichte haben der Oeffentlichkeit gezeigt, daß der Geschäftsgang in den letzten Jahren der denkbar ungünstigste war seit einer langen Reihe von Jahren. Daß nur allmählich, d. h. erst nach und nach und nicht gleich auf einmal, größere Erfolge für die Arbeiterschaft errungen werden können, wollen manche Kurzsichtige nicht begreifen. Wie hätten denn sonst die Arbeiter in einer kleineren Weberei in Bamberg noch vor einigen Jahren, nachdem sie bei einer Lohnbewegung eine 5prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt, schon gleich nach der Bewegung den Verbänden den Rücken kehren können, obschon der Unternehmer zugesagt hatte, den Lohn nach einem halben Jahre wieder um 5 Prozent zu erhöhen? Oder dachten etwa einige von diesen Leuten so, der Moor hat jetzt seine Schuldigkeit getan, er kann darum gehen und die Lohnerhöhung bekommen wir ja doch nach einem halben Jahre? Daß diese Berechnung eine ganz verkehrte war, haben die in Frage kommenden Arbeiter eingesehen, auch wieder wie es zu spät war, denn die Lohnerhöhung, die nach einem halben Jahre kommen sollte, blieb aus.

Die Arbeiterschaft würde manchmal vor großen materiellen Schäden bewahrt bleiben, wenn sie sich einmal diejenigen Leute, die sich als Freunde bei ihr aufspielen, genauer ansehen würde. Wenn da z. B., wie es hier in mehreren Fällen tatsächlich vorgekommen ist, Anwärter auf Meisterposten gegenüber Arbeitern die Bemerkung machen, der Verband nutzt doch nichts, es wird ja doch nichts gemacht usw., so ist es hier niemals die Liebe zu den Arbeitern, die diesen Leuten eine solche Bemerkung entschlüpfen läßt, sondern der Gedanke, sich dadurch wieder besser beim Unternehmer lieb Kind machen zu können. Ein überzeugtes Mitglied einer christlichen Gewerkschaft darf niemals in Verlegenheit kommen, wenn seine Organisation zu Unrecht angegriffen und herabgesetzt wird. Wir müssen auf der ganzen Linie nicht nur allein den Kampf aufnehmen gegen die sozialdemokratische Phrase, sondern auch gegen gedankenlose Bemerkungen von rückständigen Indifferenten, wenn sich dieselben gegen unsere christlichen Arbeiterberufsverbände richten.

Dülken. Obschon wir zu unserer letzten Versammlung durch Laufzettel eingeladen hatten, war der Besuch nicht zufriedenstellend. Dagegen befriedigte der Verlauf der Versammlung vollauf. Unser Bezirksleiter, Kollege Pesch, berichtete über die Bewegung bei der Firma Wolf u. Sohn. Die Mitglieder waren mit seinen Ausführungen vollauf einverstanden. Der Kollege gab uns auch mehrere praktische Winke bei der Wahl der Agitationskommission. Bei der Wahl der Kartelldelegierten gab zunächst Kollege Vollemann einen kurzen, aber inhaltsreichen Bericht. Dann gingen die Wahlen glatt von statten. Für den Kauf der Broschüre über den Bergarbeiterstreik wurde lebhaft Propaganda gemacht. Am Schlusse der Versammlung machte der Vorsitzende, Kollege Ramacher, die Samtweber darauf aufmerksam, daß Lohnlisten zu 30 Pfg. vom Bezirkssekretariat zu haben seien, ein jeder Samtweber möge sich mit einer solchen Liste versehen. Bestellungen nimmt der vorhin genannte entgegen.

Eschwege. Wer den Besuch unserer Ortsgruppenmitglieder in der letzten Versammlung gesehen hätte, der sollte meinen, sie lebten in einem Lande, das von Milch und Honig fließt. Und doch ist das gerade Gegenteil der Fall. Unsere Mitglieder hätten alle Ursache, den Versammlungen pünktlich und regelmäßig beizuwohnen, denn dort können die bestehenden Mißstände besprochen werden, dort können sie sich auch den nötigen Mut und die nötige Aufklärung in der Gewerkschaftsarbeit holen. Es wird endlich Zeit, daß auch in unserer Ortsgruppe der alte Schlendrian aufhört und daß die Mitglieder sich nicht gegenseitig zu übertreffen suchen im Fernbleiben von den Versammlungen. Mit etwas gutem Willen läßt sich vieles machen. Als ersten Grund des Fernbleibens kann man wohl das Fehlen des guten Willens bezeichnen. Wenn die Mitglieder sich nicht bald auf ihre Pflichten besinnen, dann wird es nicht ausbleiben, daß unsere Ortsgruppe, trotz aller Anstrengungen des Vorstandes, statt vorwärts, rückwärts geht, selbstverständlich zum größten Schaden unserer Mitglieder und zur Freude unserer Gegner. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß unsere Mitglieder in Zukunft mehr guten Willen zeigen als bisher, damit sich ihre Gleichgültigkeit nicht einmal bitter rächt an ihnen. Unsere letzte Versammlung war so schlecht besucht, daß die Tagesordnung nicht erledigt werden konnte.

Füssen. Von den vier christlichen Vereinen, Textilarbeiterverband, katholischer Gesellen- und Arbeiterverein, Volks- und Presseverein war am 28. April eine öffentliche Versammlung anberaumt worden. Vorher wurde eine allgemeine Ausschußsitzung abgehalten, in welcher Kollege Geier-Augsburg ein systematisches Zusammenarbeiten obengenannter Vereine anregte. Von den Vorständen der Vereine wurde die Zusicherung gegeben, im angeregten Sinne zu arbeiten und gegenseitig mehr Fühlung untereinander zu nehmen. Nach Schluß dieser Sitzung wurde sofort in die Versammlung eingetreten, die Herr kgl. Bezirksamts-Assessor Jäger als Vorsitzender des Volksvereins mit kernigen Worten eröffnete. Kollege Geier sprach über das Thema: Deutschlands Industrieentwicklung und die sozialen Aufgaben aller Stände. Der Vortrag fand ungeteilten Beifall. Nachdem Herr Assessor Jäger noch einige beherzigenswerte Worte an die Anwesenden gerichtet und Kollege Geier in seinem Schlußwort nochmals zu reger intensiver Arbeit aufgefordert hatte, wurde die lehrreiche Versammlung geschlossen.

Mögen Zeitaufwand und Mühe nicht umsonst gebracht sein. Möge die christlich gesinnte Arbeiterschaft hier im schönen Allgäu endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß nur durch Selbsthilfe und Zusammenschluß in den christlichen Berufsvereinen die wirtschaftliche Lage des Arbeiters gehoben werden kann.

Greiz i. Vogtland. Zu einer Behandlung des „Bergarbeiterkrachs im Ruhrrevier im Frühjahr 1912" hatte unsere Ortsgruppe auf Montag, den 29. April, eingeladen. Herr Redakteur Henrici-Gotha gab in seinem Referat eine interessante und beweiskräftige Uebersicht über den ganzen Verlauf des Bergarbeiterkampfes. In der freien Aussprache versuchte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fischer die Wucht der Anklagen gegen die Sozialdemokratie zu mildern, konnte aber gegen die im Vortrage behandelten Tatsachen keinen einzigen Gegenbeweis führen. Statt dessen erging er sich in weitschweifigen Angriffen gegen das „Raubtier" Kapitalismus und unterhielt die Versammlung mit harmlosen Erlebnissen in der Eisenbahn. Offenbar war dies der Rest der nunmehr erledigten Wahlreden. Kollege Melcher antwortete in wirkungsvoller Weise und konnte die Ergebnisse des Referats nochmals besonders unterstreichen. Nach einigen kleineren Feststellungen gegen die Sozialdemokratie aus der Mitte der Versammlung heraus konnte der Referent in seinem Schlußwort nochmals die Art der Genossen geißeln, ihre Anhänger durch Verbote sorgsam von solchen aufklärenden Versammlungen fernzuhalten. Die dadurch offenbarte Schwäche könne auch durch die wütenden Angriffe auf den Kapitalismus nicht verwischt werden.

Lörrach. Die Wahl der Generalversammlungsvertreter zur Ortskrankenkasse fand hier am 27. April statt. Auf die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells fielen nur 433 Stimmen, das sind gegenüber der letzten Wahl von 1910, wo das Kartell 753 Stimmen erhielt, 320 Stimmen weniger. Der soziale Ausschuß der nationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen hatte diesmal keine Liste aufgestellt, sondern einstimmig beschlossen, zum Zeichen des Protestes gegen das veraltete Wahlverfahren und gegen die Festsetzung der Wahlzeit auf den Samstagnachmittag, was einem Wahlrechtsraub an den vielen weiblichen Kassenmitgliedern gleichkam, der Wahl fernzubleiben. Es fehlte also diesmal das Interesse an der Wahl, und so war die Sozialdemokratie nicht imstande, ihre Stimmenzahl aus eigener Kraft zu erhöhen; im Gegenteil, sie hatte einen Verlust von 320 Stimmen, was in Lörrach schon etwas bedeuten will. Auf diesen Sieg kann die hiesige Sozialdemokratie nicht sehr stolz sein. — Die Liste der Arbeitgeber, die am Samstagvormittag wählten, erhielt 46 Stimmen.

Ochtrup. Bei sehr zahlreichem Besuche feierte unsere Ortsgruppe am 28. April ihr fünftes Stiftungsfest, welches einen prächtigen Verlauf nahm. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Hötker, die Festversammlung eröffnet hatte, begrüßte er die Erschienenen, besonders die Frauen. Vor allem begrüßte er den Bezirksleiter Kamps, der als Festredner erschienen war, und die Herren Geistlichen. Hierauf folgten Konzertstücke der Schulzchen Kapelle und Gesangvorträge des Gesangvereins „Harmonie". Ferner wurden zwei Theaterstücke, „Durch den Gewerkverein" und „Das liderliche Kleeblatt", flott und exakt aufgeführt. Den Glanzpunkt des Nachmittags bildete die Rede des Bezirksleiters Kamps. In seinem einstündigen Vortrage führte er aus, daß es nicht die Aufgabe der Gewerkschaft sei, Feste zu feiern. So ein Fest könne aber doch unseren Zwecken dienen, wenn es so gefeiert würde, wie es sein muß. Ferner sprach er über den Zweck und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Er führte aus: Die Gewerkschaften seien nicht nur gegründet, um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erzielen, sondern sie hätten höhere Ziele, durch welche sie sich ganz besonders von den roten Gewerkschaften unterscheiden. Die Sozialdemokraten wollen nur Klassenkampf und bekämpfen das Christentum. Die christlichen Gewerkschaften aber erstrebten die Bildung des Arbeiters und schützen dessen Ueberzeugung. Es müsse aber auch jeder Gewerkschaftler Mitglied der konfessionellen Arbeitervereine sein. In materieller Hinsicht könne es der Frau nicht egal sein, wieviel der Mann in der Lohntüte nach Hause bringe. Redner entwarf ein Bild davon, wie es aussieht, wenn der Mann einen unzureichenden Lohn erhält. Die Frau müsse dann mit zur Fabrik, um den notwendigen Unterhalt zu bestreiten, wodurch das Hauswesen und die Kinder vernachlässigt würden und der Mann leicht ans Trinken komme und die Kinder verwahrlost würden. Die Frau gehöre ins Haus, darum müsse auch der Mann einen auskömmlichen Lohn verdienen. Auch ermahnte er die anwesenden Kollegen, immer die Versammlungen zu besuchen und die erwachsenen Söhne und Töchter zu organisieren. Redner, der die Hoffnung aussprach, daß bald hier in Ochtrup niemand mehr der christlichen Organisation fernstehen möchte und als Beispiel Emsdetten hervorhob, wo 1200 Arbeiter organisiert seien, erzielte am Schlusse großen andauernden Beifall. Auch richtete Kollege Berex aus Gronau einige Worte an die Festversammlung, in der er besonders die Jugendorganisation hervorhob, denn die christlichen Gewerkschaften müßten einen tüchtigen Nachwuchs haben.

Zum Schlusse dankte der Vorsitzende allen, die zu dem schönen Gelingen des Festes beigetragen haben, den Theaterspielern, der Musikkapelle und dem Gesangverein. Nicht der kleinste Mißton trübte die Veranstaltung. Das [illegible]ste Stiftungsfest wird allen noch in angenehmer Erinnerung bleiben; nur zu schnell waren die frohen Stunden verstrichen. Mit dem Gruße „Gott segne die christliche Arbeit" wurde die Festversammlung geschlossen.

Walheim. Der Besuch unserer Quartalsversammlung ließ viel zu wünschen übrig. Den Kassenbericht erstattete unser Kassierer, Kollege Boell. Es wurde ihm Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden neu gewählt Kollege Joseph Berger und die Kollegin Katharina Koch. Als Referent war der Kollege Sauren-Aachen erschienen. In seinem Referat schilderte er die letzten Kämpfe und Lohnbewegungen des Aachener Bezirks. Er erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Unter Punkt Verschiedenes erinnerte unser Vorsitzender daran, daß die Mitglieder bei Steuerreklamationen, sofern sie das nicht selbst können, sich auf dem Verbandsbureau melden sollten. Auch sei der Ortsgruppenvorstand gerne bereit solche Reklamationen unentgeltlich zu machen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ein entlarvter Trick. Gewisse Leute sprechen so viel von der Rückständigkeit bestimmter Volksschichten. Unrecht haben sie insofern nicht, als es immer noch Tausende und Hunderttausende in den christlich und national gesinnten Kreisen gibt, welche in kritikloser Leichtgläubigkeit die sog. Neutralität der sozialdemokratischen Hilfstruppen, z. B. des Radfahrerbundes „Solidarität" für echt halten und ahnungslos ihre Reihen verstärken. Nachdem aber anderseits wiederum die Sozialdemokratie die Partei der „Volksaufklärung" ist, kommen einige ihrer aufrichtigen Elemente dieser Leichtgläubigkeit selbst zu Hilfe und erklären in einem von Julius Pfister, Freiburg i. Br. unterschriebenen Flugblatt rund heraus (Seite 2 Zeile 6 ff.)

„Wie steht es denn eigentlich mit der Parteipolitik in der Solidarität? Wahr ist erfreulicherweise, daß die weitaus größte Anzahl der Mitglieder sich politisch zu der Sozialdemokratie zählt. Daraus ergibt sich von selbst, daß bei Wahlen usw. die Mitglieder sich der Partei zur Verfügung stellen, die ihnen am nächsten steht."

Wir meinen doch, das läßt an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Für einen Rad- und Motorfahrer, der auf christlich nationalem Boden steht, ist in solcher Gesellschaft wahrlich kein Platz. Will er bei Ausübung seines Sports gegen unvorhergesehene Haft- und Unfallschäden durch die moderne Versicherung sich schützen und gleichzeitig sich anderer wirtschaftlicher Vorteile wie Zeitung, Grenzkarten zur Vermeidung von Zollschwierigkeiten nicht entgehen lassen, so schließe er sich einer ihm gleichgesinnten Organisation an (Deutscher Rad- und Motorfahrerverband „Concordia", Bamberg in Bay. Jahresbeitrag 2,60 M. und 60 Pfg. Aufnahmegebühr). Nachdem einmal die Sozialdemokratie begonnen hat, Sport mit Politik zu vermischen, muß es eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben aller christlichen Kreise sein, einerseits aus dem Sport jede Politik fern zu halten, anderseits sich aber auf der Grundlage christlich nationalen Geistes auch in den Sportsorganisationen als ein Gegengewicht gegen die überall im Geheimen minierende Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Es sollten darum auch die unzähligen wilden Radfahrervereine, deren Endzweck meist nur eine kostspielige Kirchweih ist, ohne die Vorteile einer Versicherung u. a. zu genießen, sich der großen christlich-nationalen Organisation angliedern. Dann hätten wir wenigstens ein Gebiet, wo wir sagen könnten, hier findet die Sozialdemokratie überall geschlossenen Widerstand.

Großeinkaufsgenossenschaft westdeutscher Konsumvereine. Am 5. Mai cr. wurde seitens des Verbandes westdeutscher Konsumvereine Mülheim Rhein, in dem die neutralen Konsumgenossenschaften organisiert sind, in Cöln die formelle Gründung der Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine G. m. b. H. vollzogen. Das Stammkapital beträgt M. 120000.—, das von 75 Konsumvereinen, der Genossenschaftsbank in Bonn und dem Verband westdeutscher Konsumvereine gezeichnet wurde. Der Sitz der Gesellschaft ist Cöln, doch wird dieselbe vorläufig in Mülheim (Rhein) domizilieren. Die Gesellschaft übernimmt mit dem 1. Juli die bisherige Kolonialwaren-Abteilung der Bezugskommission in Bonn mit sämtlichen Aktiven und Passiven. Als Bankverbindung für die Großeinkaufszentrale wurde die Genossenschaftsbank in Bonn vertragsmäßig festgelegt. Zum Geschäftsführer wurde Herr Verbandsdirektor Peter Schlack, zu Prokuristen die Herren Verbandssekretär Braun und Herr Hüß bestellt. Bei Bestellung des Aufsichtsrates wurde auf die einzelnen Bezirke Rücksicht genommen, über die der Verband westdeutscher Konsumvereine sich erstreckt.

Die Vereine des genannten Verbandes setzten im vergangenen Jahre bereits annähernd 3 Millionen Mark bei der Bezugskommission in Bonn um und ist mit der Neugründung zweifellos eine bedeutende Erhöhung des gemeinsamen Warenbezugs verbunden. Der Gesamtumsatz von 90 Vereinen, die diesem Verband angeschlossen sind, belief sich im Jahre 1911 auf mehr als 20 Millionen Mark. Heute gehören dem Verband westdeutscher Konsumvereine 117 Genossenschaften Westdeutschlands an.

Briefkasten.

J. M. M.-Gladbach. Nein, Unterstützung für „wilde Streiks" wird von unserm Verbande nicht gewährt. Von diesem Standpunkte kann und wird er nicht abgehen. Wenn der „deutsche" Verband dort für einen solchen Fall wirklich Unterstützung ausbezahlt, so ist das ja leicht erklärlich. Er setzt sich über die gewerkschaftlichen Regeln aus Agitationsgründen hinweg. In seinen Domänen handelt er anders. Da werden berechtigte Bewegungen niedergerungen, weil das Geld dafür zu schade ist. — Fdl. Gruß.

G. K. Ihre Zuschrift fand den Weg in den Papierkorb ungewöhnlich leicht.

Mehrere Zuschriften mußten wegen Stoffandrangs für die nächste Nummer zurückbleiben.

Redaktionsschluß ist für die in der Woche nach Pfingsten erscheinende Nummer dieser Zeitung bereits Samstags morgens vor Pfingsten.

Versammlungskalender.

Altenberg. 19. Mai, 11½ Uhr, bei Hubert Brandt.
Brezell. 19. Mai, 11 Uhr, bei Huntgeburth.
Bochalt (Bezirk Ost). 24. Mai, ½9 Uhr, im Lokale der vier Jahreszeiten.
— (Bezirk West). 22. Mai, ½9 Uhr, bei Gebbing (kleiner Saal).
Elberfeld. 18. Mai, 8½ Uhr, im Lokale Herkenrath, Klotzbahn.
M.-Gladbach-Eicken. 18. Mai, 8½ Uhr, bei Oswald Schäfer, Mathiasstraße.
M.-Gladbach-Hardterbroich. 19. Mai, 10 Uhr, bei Hubert Paggen, wichtige Mitgliederversammlung.
Hof (an der Saale). 18. Mai, ½9 Uhr, in Steuberts Lokal, Altenbergerstr. 2.
Neersen. 18. Mai, 9 Uhr, bei Franz Köppen, Generalversammlung.
Rheydt. 19. Mai, 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchenerstraße 35.
Viersen. 19. Mai, 10½ Uhr, bei Wilhelm Heutgens, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

†

Es starben die Verbandsmitglieder:

Jakob Schiffer in Neuwerk.
Joseph Heiliger in Aachen.
Heinrich Ottenhues in Rheine.
Joseph Reul in Eupen.
Friedrich Rauchert in Vaals.
Aleida Frocklage in Gronau.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die deutsche Sozialdemokratie. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Aus Deutschlands Wirtschaftsentwicklung. (Staatsbürgervorträge, 2. Heft.) Gr. 8° (182), M.-Gladbach 1912, Volksvereinsverlag G. m. b. H. M. 1,20, postfrei M. 1,30.

Dem ersten Heft der Staatsbürgervorträge, die in den interessierten Kreisen eine über Erwarten gute Aufnahme gefunden, ist nunmehr nach kurzer Pause bereits ein zweites gefolgt.

Die sich in drei Teile gliedernde Vortragssammlung behandelt zunächst in selbständigen, aber dennoch folgerichtig aneinander anknüpfenden Abhandlungen das Wesen und Werden der Sozialdemokratie, ihre Grundsätze und deren Wandel, ihre Stellung zum Staate, ihre Organisation, Agitation und Taktik sowie die Mittel der Abwehr und die Ziele, wie sie im christlichen Lager durch Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen durch soziale Betätigung und apologetische Belehrung erstrebt werden.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für die Gesamtheit, um sodann die Arbeiterbewegung, als Kulturproblem gefaßt, in ihren Neuerscheinungen im Gewerkschaftsleben zu beleuchten und das Interesse und den Wert der Anteilnahme an dieser Bewegung seitens der Gebildeten klarzulegen.

Der dritte, sich mit den Wandlungen im Wirtschaftsleben befassende Teil des Heftes schildert in einem einleitenden Vortrage zunächst das deutsche Wirtschaftsleben in der Vergangenheit, gedenkt sodann in besonderer Abhandlung des Bauernstandes und zeigt das Werden in der Gegenwart durch einen Gang durch das Wirtschaftsleben des verflossenen Jahrhunderts. Nachdem der Handels- und Zollpolitik des Reiches als bedeutsamster Faktoren gedacht, wird schließlich in zwei weiteren Vorträgen die innere Struktur des deutschen Wirtschaftslebens und der Aufbau unserer heutigen Bevölkerung in scharfen, klaren Rissen zur Veranschaulichung gebracht.

So darf auch dieses zweite Heft, als seinem Vorgänger durchaus ebenbürtig, ihm teilweise sogar durch die Bearbeitung seltener behandelter Stoffe überlegen, unbedingt allseits auf beste Aufnahme rechnen.

* * *

Sozialdemokratische und christliche Sittenlehre. Arbeiterbibliothek 16. Heft. 1.—10. Tausend. 8° (68) M.-Gladbach 1912, Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung" GmbH. 40 Pfg. Postfrei 45 Pfg.

Das Büchlein ist für die Bibliothek des Arbeiters bestimmt. Es untersucht in durchaus populärer Form die sozialdemokratischen Anschauungen über Ethik, ihren Zusammenhang mit dem materialistischen Darwinismus der 50er Jahre und stellt der sozialdemokratischen Ethik die christlich-realistische Individual- und Sozial-Ethik gegenüber. Das letzte Kapitel behandelt die Notwendigkeit und Methode christlicher Kulturarbeit in der Gegenwart.

Inhaltsverzeichnis.

Arbeite! — **Artikel:** Zur gewerkschaftlichen Organisierung der Textilarbeiterinnen. — Streiks und Aussperrungen in der Textilindustrie im Jahre 1911. — Die „Vergewaltigung" der „Deutschen" in M.-Gladbach. — Zusammenbruch der Tarifbewegung in Neumünster. — Ausspringende Schützen. — **Allgemeine Rundschau:** Wozu unsere Mitarbeit gefordert wird. — Christliche Gewerkschaften und Unternehmertum. — Ein heller Kopf. — Zur Reform des preußischen Einkommensteuergesetzes. — Gewerkschaften und Arbeiterschutz. — Hildebrands Richter. — Der „objektive" Sozialistenführer Hue. — Sozialdemokratisches Durcheinander. — Kann ein evangelischer Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören? — Das endgültige Resultat der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet. — **Aus unserer Industrie:** Die Barmer Textilindustrie im Welthandel. — Der Geschäftsgang in der Tuchindustrie. — Japanische Konkurrenz auf dem deutschen Textilmarkt. — Die Wichtigkeit guter Luftbefeuchtung für die Textilindustrie. — Ersatz für Jute. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Achtung, Ortsgruppenkassierer. — Zur gefl. Beachtung. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Euskirchen. — Mülhausen, Els. — Rheydt. — **Aus unseren Bezirken:** Arbeiterinnen-Konferenz des badischen Bezirkes. — Aus der Oberlausitz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Dülken. — Eschwege. — Füssen. — Greiz i. Vogtland. — Lörrach. — Ochtrup. — Walheim — **Volkswirtschaftliches und Soziales:** Ein entlarvter Trick. — Großeinkaufsgenossenschaft westdeutscher Konsumvereine. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.